

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Zur Neuordnung des Gewerkschaftswesens

Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung — Staatskommissar

Mit dem politischen Umschwung ist die Neuordnung des Gewerkschaftswesens in den Vordergrund der öffentlichen Aussprache getreten, und das Reichskabinett soll sich, wie mehrfach berichtet wurde, schon seit Wochen mit dieser Sache beschäftigen. Verschiedentlich hieß es in der Tagespresse, daß die Beratungen des Kabinetts bis zum Abschluß gediehen seien, ja man wollte auch das Ergebnis kennen. Ob das richtig ist, muß dahingestellt bleiben.

Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß die Regierung, sich der Schwierigkeit des Gewerkschaftsproblems bewußt, die Lösung, soll sie wirklich eine sein, nicht übers Knie zu brechen gedenkt. Denn es ist leicht etwas zerschlagen, aber schwer wieder aufgebaut, zumal wenn es sich um eine Sache wie das Gewerkschaftswesen handelt, das bis auf den Grund des deutschen Volkstodens reicht.

In den Gewerkschaften hat sich der schlichte deutsche Mann eine Heimstätte geschaffen. Das ist eine jahrzehntelange Mühseligkeit gewesen. In dieser seiner Stätte fand er Schutz und Hilfe in wirtschaftlichen und familiären Frosttagen. Allgemach haben sich Millionen deutscher Arbeiter um die Heimstätte geschart. In ihr ist heute der geistig regste, beruflich geschulteste und wirtschaftlich aktivste Teil des deutschen Industrievolkes beisammen. Eine Regierung oder ein Staatsmann, der über die Stunde hinaus strebt, würde die Zukunft gefährden, wenn er diesen Teil des Volkes nicht gewinne oder mit sich hätte. Was die deutsche Zukunft birgt, vermag niemand zu sagen. Aber auch der Optimist wird nicht bestreiten, daß sie Aufgaben von außerordentlicher Schwere birgt. Darüber täuscht sich wohl auch die Regierung nicht. Man geht daher wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß sie bei dem heiklen Gewerkschaftsproblem nach einer dauerhaften Lösung strebt.

An Vorschlägen und Plänen für die Neuordnung des Gewerkschaftswesens fehlt es bekanntermaßen nicht. Berufene und Unberufene, Kundige und Unkundige üben geschäftig ihre Talente — während sich die Nächstbeteiligten, die Gewerkschafter, Reserve auferlegen. Für die Zurückhaltung mag man Gründe genug haben, noch mehr aber scheinen uns dagegen zu sprechen. Mit Schweigsamkeit ist das Problem nicht gelöst, wohl aber seine Lösung anderen zugeschoben oder überlassen. Die Gewerkschaften müssen daher mit aller Gerechtigkeit und Sachlichkeit an die Lösung gehen, selbst Vorschläge machen oder zu solchen Stellung nehmen. Und hieran darf Voreingenommenheit keinen Teil haben; Kopf und Herz sollten nicht rückwärts, sondern vorwärts gerichtet sein.

Eine geschichtliche Notwendigkeit

Die Gewerkschaften leben nicht im luftleeren Raum. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des sozialen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Dieses ist ein ewiger Wandel, ein ständiges Werden und Vergehen, zuweilen zwar nicht gleich sichtbar, aber nichtsdestoweniger immer im Gang. Wenn sich nun das Leben fortwährend ändert, umformt, neubildet, kann natürlich auch einer seiner wesentlichen Bestandteile, das Gewerkschaftswesen, nicht unberührt erhalten bleiben — sondern es muß und wird sich ebenfalls in Inhalt und Form wandeln. Dies gilt insonderheit für eine Zeit wie die jetzige, die gekennzeichnet ist von einer an Umfang und Tiefe beispiellosen Umwälzung. Wie lange diese Revolution dauert und welches ihre Ergebnisse sein werden, vermag noch niemand zu sagen, aber das eine ist gewiß: nach ihr werden so ziemlich alle Teile des menschlichen Lebens umgestaltet und, wie man hoffen muß, den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Erfordernissen besser entsprechend sein. Das Gewerkschaftswesen wird keine Ausnahme machen.

Diese Binsenwahrheit ist gewerkschaftlichen Kreisen nicht fremd. Sie wissen, und sie haben es oft ausgesprochen, daß auch in der Gewerkschaftsbewegung manches sehr reformbedürftig ist. Jene Kreise werden von den Vorschlägen zur Neuordnung des Gewerkschaftswesens einen Vorschlag nicht nur nicht ablehnen, sondern lebhaft begrüßen, nämlich den Vorschlag auf Vereinheitlichung, das heißt auf Zusammenfassung der Richtungen in eine einzige Organisation.

Wenn dieser Vorschlag verwirklicht würde, so wäre ein bedeutsamer Fortschritt nach vorwärts getan. Es wäre eine glückliche Parallele zu der jetzt endlich in Gang gebrachten Reichseinheit geschaffen. Es wäre eine schier unerschöpfliche Quelle von Mißbilligkeit, Zwietracht, Kraftvergeudung und Geldverschwendung verstopft. Die Arbeiterschaft wäre der Hauptgewinner. Vor allem wir Metallarbeiter würden uns darüber freuen, denn wir haben stets nach Vereinheitlichung gestrebt. In diesen Spalten wurde vor anderthalb Jahren abermals und wochenlang die Nützlichkeit, nein, Unerläßlichkeit der gewerkschaftlichen Vereinheitlichung eindring-

lich dargetan. Zu nennenswertem Erfolg ist es damals wiederum nicht gekommen. Es ging da so, wie es ging, wenn die deutsche Einheit zur Beratung stand: die Sache sei sicherlich ganz gut und im Prinzip zu fördern, aber — die Eigenarten, Weltanschauungen, die gute Sitte und Religion der einen, wie die Untugenden der anderen müßten es geraten erscheinen lassen, die an sich nicht üble Sache zu vertagen. Daß mit solchen Einwänden nur Beweggründe von verteuft geringer ethischer Art verdeckt werden, liegt auf der Hand. Es wurde einmal mehr der Beweis geliefert, daß selbst, wenn das Übel noch so schreiend ist, es immer noch Leute gibt, die daraus Vorteile ziehen und sie mit allen Schlichen und Pfiffen verteidigen.

Wie die Reichseinheit und die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, so ist auch die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung eine geschichtliche Notwendigkeit, die längst hätte erfüllt werden müssen. Wer diese Aufgabe erfüllt oder dabei mitwirkt, kann keine Rolle spielen neben der Unerläßlichkeit der Erfüllung. Der Segen, der aus diesen Vereinheitlichungen sprißt, ist zu groß, als daß man sich bei den Vorwänden der Eigenbrötler und noch weniger lieblichen Zeitgenossen aufhalten dürfte. Das trifft ebenfalls zu bei der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum sie noch nach Weltanschauung, Religion, politischer Einstellung und anderen Fragwürdigkeiten geschachtelt, warum es noch freie, christliche, Hirsch-Dunckersche und nationalsozialistische Verbände geben soll. Die Arbeitermasse, die für derartige Verrantheiten oder Überletheiten zu büßen hat, hat schon längst kein Verständnis mehr dafür.

Der Hauptzweck der Gewerkschaft ist, kurz gesagt, dem Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen, menschenwürdigen Lohn, Gefahrenschutz, anständige Behandlung und sozialgesetzliche Rechte zu sichern. Hieran sind alle Arbeiter, wie immer sie weltanschaulich, religiös oder politisch gemünzt sein mögen, gleichermaßen interessiert. Wo um Brot, Lohn und Menschlichkeit für den Arbeiter gerungen wird, spielen Weltanschauung, Religion und politische Einstellung keine Rolle; die spielen immer erst dann eine Rolle, wenn ihre Einschachtelung, ihr Getrenntbleiben und die anderen Kostspieligkeiten begründet werden. Doch davon sollte man sich nicht mehr beeindrucken lassen.

Ebensowenig wie eine Schachtelung der Gewerkschaftsbewegung in freie, christliche, Hirsch-Dunckersche, nationalsozialistische und sonstige Organisationen nötig ist, ist es die Unmasse von selbständigen Verbänden. Gewiß, sie sind aus Fachvereinen entstanden, hatten in ihrer ursprünglichen Form sicherlich auch noch lange Bedeutung. Allein, in der Zeit der Rationalisierung, der Umstürzung der Berufsbegriffe und des sinkenden Gewichts der alten Fachgruppen oder der gelehrten Arbeit haben die einstigen organisatorischen Normen viel von ihrer Bedeutung verloren. Heute jedoch ist es ein Unding, noch an die drei Dutzend gesonderte Verbände mit Spitzen, Bezirksbüros, Ortsgruppen und Zeitungen zu erhalten. Und diese kostspielige Apparatur besteht bei den freien, christlichen und den anderen Richtungen. An Stelle der Vielzahl von Verbänden würde für die industrielle Lohnarbeiterschaft ein Dutzend vollauf genügen, wovon ein jeder natürlich nach unten bezirksmäßig und in den Orten branchenmäßig gegliedert sein müßte.

Zum Staatskommissar

In der Erörterung des Gewerkschaftsproblems steht die Einsetzung eines Staatskommissars für die Gewerkschaften obenan. Es liegen Gründe genug vor, die annehmen heißen, daß in Kreise der Regierung an den Staatskommissar gedacht wird, wobei allerdings noch unbestimmt zu sein scheint, ob außer dem Kommissar für das gesamte Gewerkschaftswesen auch jeder einzelne Verband einen erhalten soll. Der Kommissar soll, wie mehrfach dargelegt wurde, die Tätigkeit der Organisation, insonderheit ihre Geldgebarung und die Beachtung der Satzung wie der gesetzlichen Bestimmungen überwachen. Nach anderen Mitteilungen soll der Auftrag des Kommissars noch weiter gehen, soll auch die Auswahl der leitenden Leute sowie ihre Tätigkeit kontrollieren oder beeinflussen.

Inwieweit diese Meldungen zutreffen, entzieht sich unserer Kenntnis. Verschiedene Umstände lassen indessen die Einsetzung eines Staatskommissars für das ganze Gewerkschaftswesen als sicher erscheinen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß schon andere Organisationen einen solchen erhalten haben. Verschiedene Stimmen möchten dem Kommissar für die Gewerkschaftsbewegung mit ganz weiten Machtbefugnissen ausgestattet wissen, oder richtiger, sie möchten, daß er seine Maßnahmen auf alle Teile und Angelegenheiten, auf die der Spitzen wie der Ortsgruppen ausdehne. Bei

diesem Wunsche hat wohl ein Unternehmerverband oder ein Preiskartell vorgeschwebt, das lediglich aus einigen Büros mit Subalternen besteht. Ein derartiges Verlangen kann nur von erklecklicher Unkenntnis des Wesens und der Tätigkeit einer Gewerkschaft geboren sein. Wie immer man sich die Durchführung solcher Maßnahmen denkt, sie dürften unseres Erachtens kaum das erhoffte Ergebnis zeitigen, das mit dem Kommissar erstrebt wird, vielmehr den gewerkschaftlichen Stamm in kurzer Zeit zum Absterben bringen.

Eine Gewerkschaft besteht nicht, wie mancherseits angenommen zu werden scheint, nur aus der Oberleitung und den örtlichen Leitungen, welche beide allerdings zu überwachen und zu bestimmen wären. Sondern eine Gewerkschaft hat als Lebensstütze eine Unzahl von Funktionären in allen Orten und Betrieben. Diese Tausende von Helfern sammeln die Beiträge, erteilen den Kollegen Rat, helfen ihnen in allen Nöten, besuchen die Familien, sind die Anlerner und Freunde der jungen Kollegen und halten die Verbindung zwischen Werkstatt und Gewerkschaft lebendig. Diese Funktionäre sind die eigentlichen Träger der Organisation. Für ihre mühevollen und schwierige Arbeit erhalten sie kein Entgelt, wohl aber oft Grobheiten und Scherereien. Nur durch große Liebe zur Sache und außergewöhnliche Hingabe ans gemeinschaftliche Werk ist eine derartige Leistung möglich.

Ein Staatskommissar kann wohl die Spitzen der Verbände überwachen und bestimmen, kann auch ihre Personen wegschicken und durch andere ersetzen. Die Spitzen aber hängen in der Luft, wenn sie nicht von dem breiten Stamm eifrig unterstützt und getragen werden. Dies aber ist nicht gut denkbar, wenn im Stamme das Vertrauen zur Spitze beeinträchtigt wird oder wenn bei der Masse der Funktionäre das Gefühl aufkommt, ihr Mitbestimmungsrecht auf die Spitzen sei beeinträchtigt. Die Tätigkeit der kleinen Funktionäre beruht auf Freiwilligkeit und Uneigennützigkeit. Beides läßt sich nicht erzwingen. Werden die Funktionäre von oben behelligt oder gedrückt oder ihnen die Freiheit des Mitbestimmens beschränkt, so ist zu befürchten, daß ihr Eifer für die Organisation nachläßt. Mit dem Nachlassen des Eifers hätte die Verdorrung der Gewerkschaft begonnen.

Dieser Sachverhalt läßt erkennen, wie bedenklich der Rat ist, der Staatskommissar sollte mit starker Hand in das ganze Leben der Gewerkschaft eingreifen. Ein solcher Rat kann nur der Absicht entspringen, die ganze Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Würde der Rat befolgt, wäre die oberste Voraussetzung für das Gedeihen der Gewerkschaft zerstäubt. Das gilt für jede Gewerkschaft, welcher Art und Namen sie auch immer sei. Ohne Selbstverwaltung und Entschlußfreiheit ist keine Gewerkschaft auf etliche Zeit denkbar. Uns will es daher dünken, daß der Kommissar seine hohe und gewiß nicht einfache Aufgabe am ehesten dadurch erreichte, wenn er von seiner Macht möglichst wenig und immer weisen Gebrauch machte.

Professor Cassel für den Gewerkschafts„terror“

Der weltbekannte schwedische Volkswirtschaftler Gustav Cassel, der ständige Wirtschaftsberater des Völkerbundes ist, hat oft seiner Welt- und wirtschaftlichen Anschauung gemäß gegen den Eingriff der Staatsgewalt in den Wirtschaftsverlauf Stellung genommen. Die kapitalistischen Kreise Schwedens glaubten daher bestimmt erwarten zu dürfen, daß Cassel sein gewichtiges Wort gegen die von den Gewerkschaften hochgehaltene Lohnhöhe und die sozialen Errungenschaften richten werde. Allein, sie wurden sehr enttäuscht. Der berühmte bürgerliche Volkswirtschaftler legte sein Wort zwar ein, aber nicht gegen, sondern für die Gewerkschaften, nicht nur für ihren Bestand schlechthin, sondern für noch mehr. Er billigte und verteidigte es, daß die Gewerkschaften der „Freiheit“ des Arbeiters, seine Arbeitskraft um jeden Preis zu verschleudern, der Freiheit des Lohndrückers und Schutzkonkurrenten, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen, durch den vielgeschmähten Gewerkschafts„terror“ begegnen. Cassel formulierte seine Meinung folgendermaßen:

„In den bürgerlichen Kreisen und unter den unorganisierten Arbeitern ist die kritische Ansicht verbreitet, daß die Gewerkschaften die persönliche Freiheit des Arbeiters unterdrücken. Das ist eine alte liberale Auffassung des Freiheitsbegriffes formeller Art, die hier zum Ausdruck kommt. Die Freiheit, deren die Gewerkschaften den Arbeiter berauben, ist hauptsächlich die Freiheit, zu einem herabgedrückten Lohn zu arbeiten. Aber jeder, der davon unterrichtet ist, wie die Freiheit auf dem unorganisierten Arbeitsmarkt mißbraucht werden kann, wird die oben erwähnte Freiheit nicht hoch einschätzen. Mir persönlich, sagte Cassel weiter, sind Fälle bekannt, in denen Arbeiter regelmäßig erheblich unter dem normalen Lohnstand gearbeitet haben und nach einem Leben angestrengter Arbeit in einer elenden Lage sich befinden. Wenn dieses trostlose Ergebnis durch einen geringen Gewerkschaftszwang vereitelt werden kann, so haben wir sicherlich keinen Grund, darüber zu klagen, daß wir diesem Zweck eine gewisse persönliche Freiheit opfern müssen!“

Landhilfe!

Die Not der arbeitslosen deutschen Jugend und die Erkenntnis, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, die Millionen junger Menschen wieder in reguläre Arbeit zu bringen, hat die Regierung zu einem wichtigen Schritt veranlaßt. Neben der mit Eifer betriebenen Umwandlung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in die Arbeitsdienstpflicht versucht man, einen Teil der arbeitslosen Jugendlichen in die Landwirtschaft zu verpflanzen. Denn diese hat in der Tat noch Bedarf für fremde Arbeitskräfte. Allein alle bisherigen Versuche, größere Massen in die Landwirtschaft zu vermitteln, sind daran gescheitert, daß der Bauer kein Geld hatte, um die Arbeitskräfte zu bezahlen. Das gilt insbesondere für den Kleinbauer, der von den zahllosen Subventionen wenig oder gar nichts zu spüren bekam.

In einem Erlaß vom 3. März 1933, unter dem Titel „Landhilfe“, hat der Präsident der Reichsanstalt nun die materiellen Voraussetzungen für die Unterbringung jugendlicher Arbeitskräfte in der bäuerlichen Wirtschaft geschaffen. Die Grundgedanken dieses Erlasses sind, die schwer arbeitende Bauernfamilie, insbesondere die Bauersfrau, durch Zuweisung eines sogenannten Helfers zu unterstützen, den Arbeitsmarkt zu entlasten und schließlich dem Jugendlichen eine Möglichkeit zur Umstellung, zur Über- oder Rückführung aufs Land zu geben, indem man ihn in die Familiengemeinschaft des Bauern aufnimmt.

Der Personenkreis der Jugendlichen, die als Helfer in Betracht kommen, ist wie folgt umschrieben: 1. Empfänger von Arbeitslosenunterstützung im Alter von 16 bis 21 Jahren; 2. solche Jugendliche, die nach § 87 Abs. 2 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes keine Arbeitslosenunterstützung erhalten können; 3. Arbeitslose, die zur Krisenunterstützung nicht zugelassen sind, weil sie das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben; 4. Wohlfahrtsempfänger von 16 bis 21 Jahren, sofern das Wohlfahrtsamt den später noch zu nennenden Förderungsbetrag übernimmt. Jugendliche, die bisher in einem Freiwilligen Arbeitsdienst tätig waren oder noch sind, erhalten den Vorzug. Arbeitslose von 21 bis 25 Jahren können nur dann als Helfer vermittelt werden, wenn sie mindestens 20 Wochen in einem geschlossenen Arbeitsdienstlager beschäftigt waren. Selbstverständlich werden auch diejenigen bevorzugt, die aus der Landwirtschaft stammen, die also schon bestimmte Kenntnisse für ihre neue Tätigkeit mitbringen.

Welche bäuerlichen Betriebe kommen nun für diese Landhilfe in Frage? Der genannte Erlaß sieht nur Betriebe bis zu 40 Hektar vor, da nur diese dem Begriff „bäuerliche Wirtschaft“ entsprechen, im Gegensatz zur Gutswirtschaft. Es soll also mit dieser Landhilfe endlich auch einmal den kleinen Landwirten etwas zukommen. Der Bauer muß sich aber zum Abschluß eines auf mindestens 6 Monate lautenden Arbeitsvertrages verpflichten, in dem die Lohn- und sonstigen Verhältnisse geregelt sind. Hauptsächlich aber muß der Helfer gut verpflegt und untergebracht und als Glied der Familie betrachtet werden. Der Bauer soll ihn ferner in allen landwirtschaftlichen Arbeiten sinnvoll unterweisen, damit der Helfer später selbständiger Siedler werden kann.

Für die Zuweisung eines Helfers — es können im Höchstfall zwei in einen Betrieb kommen — ist ferner notwendig, daß es sich um eine zusätzliche Arbeitskraft handelt, denn der normale Arbeitsmarkt soll nicht gestört, Arbeitskräfte dürfen nicht verdrängt werden durch die Landhilfe. Zum Beispiel: Ein Bauer hatte im Vorjahr um die gleiche Zeit keine fremde Arbeitskraft, da es ihm an Geld fehlte. Dieser Bauer hat Anspruch auf die Landhilfe. Oder: ein Bauer hatte im Vorjahr zwei fremde Kräfte, er könnte aber eine dritte gebrauchen. Auch hier ist die Zusätzlichkeit gegeben. Dagegen wird die Hilfe abgelehnt bei einem Bauer, der im Winter seinen Knecht oder seine Magd entlassen hat und ihn oder sie mit Hilfe der Förderung wieder einstellen möchte.

Der Landwirt, der die vorstehenden Bedingungen erfüllt, erhält auf Antrag vom zuständigen Arbeitsamt monatlich einen Geldbetrag, und zwar für einen männlichen Helfer höchstens 25, für einen weiblichen höchstens 20 M. Auf diese Weise ist er eher als jetzt in der Lage, den im Arbeitsvertrag festgesetzten Lohn auch wirklich zu bezahlen. Er braucht also in der Hauptsache nur noch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, Reinigung der Wäsche usw. aufzubringen. Bei dem heutigen Stand der Löhne in der Landwirtschaft dürfte der vom Arbeitsamt gewährte Betrag vielfach den Baraufwand einschließlich der Soziallasten decken, denn für einen in dieser Arbeit Uebrigenden wird in der Regel kein höheres Entgelt gewährt. Bei Fachkräften muß natürlich der Bauer etwas zuzahlen.

Das Arbeitsamt soll bei der Zuweisung der Helfer keinen Zwang ausüben, da bei der zwangsweisen Behandlung das erforderliche gute Einvernehmen mit dem Landwirt kaum erreicht werden würde, das zur Aufnahme in die Familiengemeinschaft unbedingt vorhanden sein muß.

Für den Arbeitslosen ist von besonderer Wichtigkeit, daß er nach sechsmonatiger Beschäftigung, falls er schon einmal Arbeitslosenunterstützung bezogen hatte, eine neue Anwartschaft erwirbt, denn das Arbeitsverhältnis ist versicherungspflichtig, trotz der im § 72 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes enthaltene gegenteilige Bestimmung.

Zum Verfahren ist zu bemerken, daß die Helfer sich bei ihrem Arbeitsamt anmelden müssen. Die Landwirte dagegen haben ihren Antrag auf besonderen Vordruck bei ihrem Bürgermeisterei einzureichen, das ihn mit einem Gutachten an das zuständige Arbeitsamt weiterleitet. Die Entscheidung liegt dann bei dem in jedem Arbeitsamt gebildeten landwirtschaftlichen Sachausschuß.

Es wird abzuwarten sein, welchen Erfolg dieser Erlaß hat, insbesondere, ob er den landwirtschaftlichen normalen Arbeitsmarkt trotz der Einschränkung mit der Bedingung der Zusätzlichkeit in dem erwarteten Maße entlastet wird. L.S.

Sperrung der Bankkonten der Gewerkschaften in Mittelfranken

Durch die Tagespresse läuft eine Meldung des nationalsozialistischen Völkischen Beobachters aus Nürnberg, daß von den Gewerkschaften in den letzten Wochen größere Geldbeträge abgehoben worden seien, und bei der Prüfung der Kassenhäber der Gewerkschaften die ordnungsmäßige Verwendung der abgehobenen Gelder nicht hätte nachgewiesen werden können. Infolgedessen hat, wie das nationalsozialistische Blatt weiter meldet, der kommissarische Beauftragte für die Gewerkschaften im Gau Mittelfranken mit sofortiger Wirkung sämtliche Bank- und Postscheckkonten der Gewerkschaften gesperrt.

Reichskommissar fürs Genossenschaftswesen

Der Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister Hagenberg hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister den Ministerialrat Hagenberg mit der Prüfung der Vorwürfe beauftragt, die gegen die Geschäftsführung und gegen die Ausgabegebaltung der zentralen genossenschaftlichen Verbände des landwirtschaftlichen, gewerblichen und Konsumgenossenschaftswesens sowie ihrer Landes- und Provinzialorganisationen, Verbände und Warenverbände erhoben werden.

Der Generalsekretär hat die Ermächtigung erhalten, von den benannten Stellen, ihren Organen und Angestellten jede Auskunft über die Geschäftsführung sowie die Vorlegung der einschlägigen Bücher und Schriftstücke zu verlangen. Die Reichs- und Landesbehörden sind ersucht worden, ihm auf Ersuchen Unterstützung und Auskunft zu gewähren.

Was ist Autarkie?

Wissen Sie, was „Autarkie“ ist? „Selbstgenügsamkeit, oder Selbstverwaltung eines Landes aus seinen eigenen wirtschaftlichen Kräften, Verzicht auf Warenein- und -ausfuhr“, so würde Ihnen ein Fachmann antworten. Je nach seiner Stellung zu dieser Frage würde er Sie mit einem Sturzbad von Zahlen überschütten, der beweisen würde, wie notwendig und gesund oder wie verderblich für Volk und Wirtschaft die Autarkie sein würde! Aber lassen wir mal den Fachmann weg. Überlegen wir einmal ohne seine Hilfe und seine Zahlen, was eine autarke Wirtschaftsführung für Deutschland bedeuten würde.

Sie essen doch gern, wenn Sie es sich noch leisten können, Apfelsinen und Bananen, das Obst für den Winter. Im Sommer leisten Sie sich gern ein Pfund Weintrauben. Morgens trinken Sie gern eine Tasse Kakao oder Kaffee. Wenn er schon mit Malz gemischt ist, ein paar Bohnen müssen Sie schon darin haben, nicht wahr? Und wie ist es mit der Schokolade? Man hat dafür kein Geld; aber wenn man Arbeit hat, gönnt man Frau und Kindern und sogar hin und wieder sich selber ganz gern ein Stückchen. Dänische Butter und Eier, Margarine, aus Palmöl und anderen Rohstoffen, hat man immer, sofern man sich überhaupt noch etwas zum Essen leisten kann und nicht gerade hungert, auf der Frühstückst- oder Abendbrotstulle. Und Reis und Linsen füllen, selbst wenn es knapp ist, oft genug die Suppenschüssel. Je mehr das Fleisch rar ist, um so größere Portionen braucht man. Ganz zu schweigen von Kuchen und Brötchen, die aus feinem Weizen gebacken werden.

Also bekennen wir uns zur Autarkie und verzichten wir auf die welschen Apfelsinen und die amerikanischen Bananen, kehren wir zurück zum guten, deutschen Apfelf. Wissen Sie, was ein Pfund Apfel — das einzige deutsche Winterobst — kosten würde, wenn nicht die Einfuhr ausländischen Obstes die Preise regulieren würde? Bei einer schlechten und geringen Apfelernte, wie wir sie dieses Jahr hatten, könnte sich ein mittelmäßig bezahlter Mensch bestimmt keine Äpfel mehr leisten. Aber auf Kakao, Schokolade und Kaffee kann ein kerndeutscher Mann doch verzichten, nicht wahr? Gut, kehren Sie zurück zur Mehlsuppe Ihres Urgroßvaters oder zum chemischen „Morgentrank“ der Kriegsjahre. Wenn Sie Zeit haben, fragen Sie mal einen vorurteilslosen Arzt, was es für die Volksernährung bedeutet, auf die Einfuhr dieser Zusatznahrungsmittel zu verzichten.

Trotzdem wollen Sie sich aus vaterländischem Interesse bescheiden? Es muß auch so gehen. Der notleidende

den Landwirtschaft muß geholfen werden, die ja auch wirklich Not leidet! Dann verzichten Sie also auch auf die Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Leinen und anderen Gespinnststoffen für die Kleidung! Hüllen Sie sich in deutsche Wolle und lassen Sie auch die besseren Herren ein Frackhemd, aus deutschem Flachs gesponnen, tragen. Besonders die besseren Leute werden von der Autarkie betroffen, meinen Sie, von wegen französischer Rotweine und so. Die Arbeiter könnten auf die eingeführten Waren schon eher verzichten. Sie müssen ja sowieso verzichten, weil sie nichts kaufen können.

Erstens stimmt das nicht. Gerade der Arbeitslose würde mehr noch als heute dem Hunger ausgesetzt sein, weil eine völlige Abschließung der deutschen Lebensmittel- und Textilmärkte Preissteigerungen hervorrufen würde, die man sich nicht ausdenken kann. Die deutschen Bauern und Großagrarien sind nicht zimperlich; das wissen wir doch noch vom Kriege her. Sie nehmen es von den Lebendigen, besonders wenn der Preisregulator der Einfuhr fehlt und der Binnenmarkt ihnen schutzlos ausgeliefert ist. Höchstpreise festsetzen! Ein schönes Wort. Habt ihr vergessen, daß den Höchst- und Richtpreisen die Brotkarte, die Fettkarte, der Bezugsschein für andere Waren auf dem Fuße folgte!

„Trotzdem“, sagen Sie, „es muß gehen bei einigermaßen gutem Willen!“ Wer auf Einfuhr verzichtet, muß auch auf Abfuhr verzichten. Wir sperren den Dänen die Rindereinfuhr, also kaufen sie ihre Kohle und ihre Maschinen in England und verzichten auf die deutschen Kleiderstoffe, die aus ägyptischer Baumwolle und australischer Schafwolle gewebt und nur in Deutschland angefertigt worden sind. Und Polen und Litauen tun dasselbe. Haben Sie schon einmal überlegt, wieviel deutsche Arbeiter ohne Export verhungern müßten?

Die Landwirtschaft — sagen Sie das Ihrem Onkel in der Lausitz oder in Schlesien — lebt von der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten. Gesperrte Einfuhr heißt versiegen der Ausfuhr, heißt viel größere Arbeitslosigkeit und größeres Lohnelend als heute, heißt völlige Vernichtung ganz großer industrieller Werke, die für den Abbruch reif werden und keinen Mann mehr beschäftigen. Es heißt aber auch — trotz gedrosselter ausländischer Konkurrenz — weichende Preise für die Landwirtschaft. Und am Ende der Geschichte steht ein Land, dessen Menschen hungern, dessen Industrierwerke zerfallen und dessen Bauernhöfe veröden. Das heißt Autarkie!

Die Konjunktur in Deutschland

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird in den nächsten Wochen weit mehr als bisher in das Blickfeld der Öffentlichkeit treten. Bei der so dringend notwendigen Verminderung der Arbeitslosigkeit wird es darauf ankommen, inwieweit die deutsche Wirtschaft die Kräfte in sich trägt, die Krise zu überwinden. Nach der Darstellung des Konjunkturinstituts im neuesten Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung hatte die deutsche Wirtschaft im Sommer des verflossenen Jahres den Konjunkturrückgang beendet. Seitdem ist eine Atempause eingetreten, Produktion und Beschäftigung sanken nicht mehr weiter, die Geldsätze gingen weiter zurück, die Kurse auf dem Effektenmarkt begannen leicht zu steigen. Damit war die eigentliche Krise überwunden und die Wirtschaft in die sogenannte Depression eingetreten. In einer großen Reihe von Industriezweigen begannen im Herbst Produktion und Beschäftigung zu wachsen. Die Indexziffer der industriellen Produktion stieg dann auch von 53,1 im August auf 63,4 im November. Dann trat eine zum Teil saisonbedingte Erschlaffung ein. Dies konnte besonders bei den Verbrauchsgüterindustrien beobachtet werden. Der Rückschlag hat sich allein auf Produktion und Beschäftigung beschränkt.

Wenn die Konsumgüterindustrien erneut einen Rückschlag erlitten, dann war dies darauf zurückzuführen, daß die Heilkräfte zur Überwindung einer Krise, nämlich die Massenkaukraft, sich nicht genügend stark erwiesen, um die gesteigerte Produktion aufnehmen zu können. Der Verbrauch ist gegenwärtig so niedrig, daß eine Annäherung der Produktion an den Verbrauch in seinem augenblicklichen Umfang nur verhältnismäßig wenig Anregung geben kann. Das Arbeitseinkommen hat sich gegen Ende des Jahres 1932 mit der leichten Zunahme von Beschäftigung und Arbeitszeit etwas erhöht, liegt aber gegenwärtig immer noch sehr tief. Soweit die Produktionsmittelindustrien in Frage kommen, ist eine Verschlechterung kaum eingetreten.

Eine fühlbare Belebung der Wirtschaft kann nur durch eine verstärkte Investitionstätigkeit erfolgen. Die Investitionskosten, das heißt Materialkosten und Löhne, sind gegenwärtig im Vergleich mit den vorausgegangenen Jahren sehr niedrig. Die Voraussetzungen für eine Belebung der Investitionsindustrien sind also außerordentlich günstig. Wörtlich heißt es in dem Vierteljahrsheft: „Um die Arbeitslosigkeit ganz zu beseitigen, um alle vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzuordnen, bedarf es eines weit aussehenden, umfassenden Reformwerkes, wie es die jetzige politische Entwicklung wohl eingeleitet hat.“ Im übrigen gibt das Konjunkturinstitut in Deutschland im März 1933 folgenden Überblick:

Die konjunkturelle Entspannung hat während der verfloßenen Monate weitere Fortschritte gemacht. Jedoch setzen sich die Kräfte nur langsam durch, die den Anstoß zu einer neuen Aufwärtsbewegung geben. Der Kapitalmarkt hat das Stadium der Emissionsruhe noch nicht erreicht. Der Geldmarkt jedoch ist flüssig und die Kurse am Effektenmarkt steigen, besonders seitdem die politischen Verhältnisse geklärt sind und neue Hoffnungen aufkommen. Trotz der Rückschläge im Winter sind Produktion und Beschäftigung der Industrie konjunkturell gegenwärtig etwas höher als in ihrem Tiefpunkt im vergangenen Sommer. Die sichtbare Belebung, die sich auf Teilgebieten im Herbst 1932 angebahnt hatte, ist, wie zu erwarten, in eine Horizontalebewegung übergegangen. In den nächsten Monaten

dürfte aber schon die saisonübliche Zunahme von Produktion und Absatz die Lage in vielen Wirtschaftszweigen erleichtern.

Die Arbeitslosigkeit ist bereits in der zweiten Februarhälfte, also früher als in den letzten Jahren, wieder etwas gesunken. Einkommen und Verbrauch erholen sich von den starken Erschütterungen der letzten Jahre nur allmählich; indes ist es schon als Fortschritt zu buchen, wenn hier keine weiteren Rückschläge mehr eintreten. Das mag vielleicht zusammen mit stabileren Preisen die Verbrauchsgüterindustrien und den Einzelhandel zu Lagerauffüllungen veranlassen. . . Vieles andere spricht dafür, daß noch mit einer längeren Dauer der Depression gerechnet werden mußte, wenn man den Dingen ihren Lauf ließe. Doch besteht jetzt die Zuversicht, daß der Heilungsprozeß durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wirksam gefördert wird.“

Wenn wir die Ausfuhr nicht hätten

Zehn Millionen Deutsche leben von der Exportindustrie. Man stelle sich vor, welche Wendung eintreten muß, wenn die in der Ausfuhr liegenden Beschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt werden oder gar ausfallen. Wie groß die Entlastung der deutschen Ausfuhr tatsächlich war oder noch ist, ergibt sich aus einer Mitteilung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, nach der die Zahl der im Export tätigen deutschen Arbeiter in der Zeit von 1925 bis 1929 sich von 2,7 auf 4,1 Millionen erhöht hat. Dieser Zunahme der in der Exportindustrie beschäftigten Arbeiter um 1,4 Millionen entspricht eine Steigerung des deutschen Anteils an der Weltausfuhr von 7,2 vH im Jahre 1925 auf 12,4 vH im Jahre 1931. 47 vH der deutschen Maschinenproduktion und 70 vH der pharmazeutischen Erzeugnisse gehen ins Ausland.

Daraus ergibt sich, daß die deutsche Ausfuhr, die sich als verhältnismäßig krisenfest erwiesen hat, für die Arbeitsbeschaffung einen ganz wesentlichen Faktor darstellt und daß ohne sie die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend angegangen werden kann. Man muß die Mahnung des Aufsichtsratsvorsitzenden des Siemenskonzerns, Dr. von Siemens, unterstreichen, daß es leicht ist, einen Markt oder Kunden zu verlieren, aber unendlich schwer und kostspielig, ihn wiederzugewinnen.

Enttäuschte Silberproduzenten

Die amerikanischen Silbererzeuger hofften Nutznießer der Kredit- und Währungsfrage der letzten Wochen zu sein. Als der Zahlungsverkehr infolge massenhafter Abhebungen von Bankeinlagen und der Hamsterung von Banknoten und Gold ins Stocken kam, plante die Regierung die Erweiterung des Verkehrs mit Silbermünzen, und zu diesem Zwecke beabsichtigte sie, große Silberkäufe vorzunehmen. Daraufhin stieg der Silberpreis nicht unbeträchtlich. Die Hoffnungen der Silberproduzenten haben sich jedoch verflüchtigt, da nach Beseitigung der Währungsfrage die Ausgabe neuer Silbermünzen überflüssig wurde. Daher ist der vor kurzem gestiegene Silberpreis wieder abgesunken. Allerdings hoffen die Silberproduzenten immer noch auf eine staatliche Aufwertung des Silbers. Ihnen gelang es im Währungsausschuß des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf zur Annahme zu verhehlen, der den Staat ermächtigen soll, 250 Millionen Dollar Silber zu von 40 auf 75 Cents je Pfund steigenden Preisen anzukaufen. Bei dem gegenwärtigen Silberpreis von etwa 27 Cents würden diese Käufe, falls sie stattfänden, ein Geschenk an die Silberproduzenten von etwa 200 bis 300 vH bedeuten.

Auch von einer anderen Seite erwarten die Silberproduzenten eine Steigerung des Silberpreises, da sie die Annahme eines Gesetzentwurfes im Senat erhoffen, der den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigen soll, die Beziehung der im Juni fälligen Raten der Kriegsschulden der Glaubigerländer in Silber anzunehmen. Bei dem im übrigen sehr geringem Verbrauch von Silber für Hortungs-, Industrie und Münzzwecke werden die Aussichten des Silbermarktes trotz alledem ungünstig beurteilt.

Wortgeklingel

Man kann füglich nicht viel dagegen haben, wenn ein Schreiber in lodender Begeisterung zündende Gedanken unter Ausbreitung eines reichen Wortschatzes in vielgestaltige Ausdrucksformen kleidet und seine Darstellungskraft verschwenderisch spielen läßt, um Wirkung zu erzielen — sofern es nur gelesen wird. Ein Redner hat es da leichter. Wenn seine Persönlichkeit mit Gedanken, Mienen und Gesten auf die Zuhörer wirkt, sind mißratene Bildungen oder Verstiegenheiten schnell vergessen. Beim Schreiber berührt unnötiger Wortaufwand selbst da störend, wo er angebracht sein könnte, ganz peinlich aber, wenn die Sache entweder nicht wichtig genug ist oder nüchterne Darstellung verlangt. In gewissen Kreisen gefällt man sich förmlich in gesuchten Wortsteigerungen und geschwollenen Redewendungen, die man dann als „brillante Dialektik“ rühmt.

Eine Zeitschrift änderte ihren Titel in „Die Jugendpflege“. Anlaß genug, daß einer der Mitarbeiter in einem Einführungsaufsatz die Notwendigkeit dazu „aus der Zeit heraus“ zu begründen versucht. Schon die Überschrift führt sich bedeutsam ein: „Jugendführung in der Zeit“. Das klingt dunkel, aber gerade darum gewichtig.

„Wir wissen, daß es heute und wie zu jeder Zeit — auch für eine Zeitschrift, die dem pulsierenden Werkschaffen am Menschen dienen will — darauf ankommen muß, aus der Zeit heraus zu sprechen und ihrer Form nach in der Gegenwart zu stehen.“

Es ist nicht zu leugnen, pulsierendes Werkschaffen klingt voller Andeutungen, fast kraftgeladen — und doch nach Schaumschlägerei! Gerade bei diesem ernstesten und sachlichen Gedankeninhalt! Lesen wir weiter:

„Die Änderung der Blickrichtung in der Jugendpflege ist durch das harte Los der Notzeit gegeben. Sie kann schließlich aber nur dann sinnvoll sein und zeitgebundene Form gewinnen, wenn sie sich auf die Jugend ihrer Zeit aufbaut und also letztlich volltönendes Echo ihrer Haltung ist und so zur gestaltenden Jugendführung wird.“

Wer versteht das? Was soll sinnvoll und Echo einer Haltung sein: die Änderung, die Blickrichtung oder — die Jugendpflege? Der Verfasser hat schon recht, wenn er fortfährt: „Wir sagen nicht neue Weisheiten.“ Es sind aber überhaupt keine Weisheiten.

„Die Technik der jugendpflegerischen Maßnahmen, ihre methodischen Wege und Zielsetzungen bleiben starr und schließlich erfolglos, wenn sie im Spüren nach dem, was in der Jugend steckt, dort sich aufbaut und nach Lösung ruft, nicht müde werden.“

Starre Wege und erfolglose Zielsetzungen, die methodisch sind, sollen spüren und dürfen nicht müde werden! Das ist denn doch zu viel verlangt.

Von der Jugendpflege wird dann gesagt:

„Sie darf auch nie Selbstzweck sein. Ihr Handeln ist schicksalhafte Erfüllung dieser Zeit. Daher gilt das Gebot innerer Verwurzelung. Mit anderen Worten: Jugendpflege — in dieser Zeit vor allem — ist Führung der Jugend in kameradschaftlicher Verbundenheit mit ihr, praktische Vorbereitung und Helferdienst, geistig und sittlich verankert in einem offenen Ja zur Zeit und ihren Menschen. Die Schau in Zeit und Menschen hinein ist also darum so notwendig, weil sie in der Jugendführung die Harmonie von Schauen, Wollen und Handeln finden läßt.“

Diese trüchtigen Sätze seien hiermit „verankert“, auf daß sie in Ruhe nachgelesen werden können. Die Jugendpflege geistig und sittlich in einem offenen Ja zur Zeit verankert?

„Schau“ ist heute ein Modewort; man läßt sich gefallen, wenn es sinnvoll verwendet wird. Aber was soll man sich darunter vorstellen, wenn „die Schau in Zeit und Menschen in der Jugendführung die Harmonie von Schauen, Wollen und Handeln finden“ lassen soll? Und was besagen die folgenden Sätze:

„Das (nämlich die hastende, nervenzerstörende Zeit) hemmt die Schau und verhindert die Ganzheit des Blickes. Ebenso geht es jenen Jungen, die vor den Toren von Familie, Beruf, Leben und Ausgeglichenheit stehen.“

Von drei Männern ist die Rede, die im Hauptteil des ersten Heftes sprechen:

„Auf den letzten zentralen Lehrgängen... (für Bezirks- und Kreisjugendpfleger) haben wir mit ihnen uns austauschen können... Auch wir haben Besinnung nötig, jene Muße, die nicht ausruht und vergilbt, sondern schaut, prüft und sammelt.“

Menschen, die sich austauschen, eine Muße, die ausruht und vergilbt oder auch nicht: das ist noch nicht da gewesen.

Vor einiger Zeit ist ein Buch von Stickers erschienen. Im Vorwort verrät uns der Verfasser, was er behandelt, nämlich: „die heutige Bilanz des konsequenten, dualistischen, das heißt physikophysiologischen Realismus, als der natürlichen intrakosmischen Vorfindungsphilosophie, gegenüber dem toto coelo heterogenen und sich immer mehr als sekundäres Nachbild erweisenden Rationalismus, metakosmischen Idealismus, Idealmetaphysik, als der fiktivistischen, utopistischen Satzungsphilosophie...“

Ein süddeutsches Amtsgericht läßt einen Zeugen mit folgenden Worten vor: „Sie sollen vernommen werden über die Behauptung des Klägers N. N., und zwar darüber, daß die durch die in der jetzigen Wohnung des Klägers ...gasse Nr. 2 vorgenommenen Arbeiten des Malermeisters X, des Schlossermeisters Y und des Elektrotechnikers Z, sämtlich in R. erwachsenen Kosten durch den Umzug des Klägers aus seiner bisherigen Wohnung im Anwesen des Beklagten ...gasse 3 bei dem Zustand der früheren Wohnung des Klägers zur Zeit ihrer Räumung gegenüber dem Zustand der neubezogenen Wohnung des Klägers zur Zeit des Einzuges erforderlich waren.“

(Aus der „Muttersprache“.)

Fremdkörper im Augenbindehautsack

Sitzen kleine Staub-, Eisen-, Ruß- oder sonstige Teilchen hinter dem unteren Lide, so kann man sie meist — wenn der Patient einigermaßen stillhält — leicht mit einem feuchten Mulllappchen herauswischen, nachdem man das Lid nach unten gezogen hat, so daß seine Hinterfläche sichtbar und zugänglich wird; sitzen sie im sichtbaren „Weißen“ oder auf dem Augenstern, so versucht man, sie durch Wasserspülungen wegzuschwemmen; gelingt das nicht, so sind sie fest und tiefer eingedrungen, und der Augenarzt muß sie entfernen. Sitzt ein Fremdkörper unter dem Oberlid, so muß man dieses durch einen bestimmten Handgriff umklappen. Während der Patient unausgesetzt nach unten blickt, legt man den Zeigefinger der einen Hand waagrecht auf die Falte, die der untere Lidteil mit dem knorpelfreien oberen bildet; mit Daumen und Zeigefinger der anderen Hand faßt man nun den Wimpertrand des Lides und hebt es, unter leichtem Zuge nach unten, über den stützenden Zeigefinger nach oben, so daß die innere Fläche nach außen gewendet wird; wird dadurch der Fremdkörper sichtbar, so entfernt man ihn durch Wegstreichen mit feuchtem Mulllappchen. Beherrscht man den Handgriff nicht durchaus zuverlässig, so muß man seine Ausführung dem Arzt überlassen. Fest im farbigen Rund (Hornhaut) des Auges sitzende und erst recht natürlich alle noch tiefer gedrungenen Fremdkörper muß ebenfalls der Arzt herausheben.

Der Duft des Orients

Man verstehe mich wohl: Mir schwebt ein tatsächlicher Duft vor, kein bildlich gemeinter, sondern ein Duft, der wahrhaftig den Orient und um so mehr Marokko charakterisiert — nämlich der Parfümduft.

„Ich habe dem Mann zweierlei Dinge gegeben, damit er glücklich sei, nämlich die Frauen und die Parfüms.“ Also heißt es im Koran.

Es ist also der logische Schluß aus dem Vers des heiligen Koran, daß es zum Glück des Mannes nicht allein genügt, zahlreiche Frauen zu besitzen, sondern auch Parfüms zu haben und mit diesen Körper, Bart und Haare einzureiben, um Mohammed wohlgefällig zu sein, der auch ein großer und leidenschaftlicher Liebhaber aller duftenden Salben gewesen sein soll.

Und daran erkennt man wahrhaftig den Orient: an der Fülle der Düfte. Die kleinen Kramladen sind mit Parfüms vollgestopft. Man verkauft sie in kleinen porzellanenen oder aus Arganholz geschnitzten Tiegeln verschiedener Größe in einfacher oder verzierter Ausführung: von Fingerhutgröße bis zu kleinen, doch genügend umfangreichen Fäßchen oder Kistchen. Dann gibt es Fläschchen, und man bekommt so kleine Flakons

zu kaufen, daß man sie in der Faust halten kann, und dann wieder Fünf-liter-Bouteillen. Mit einem Wort, die Auswahl ist groß und reichhaltig, sowohl was die Quantität, als auch die Qualität betrifft.

Ein Käufer tritt ein und wählt. Er nimmt Fläschchen um Fläschchen, riecht dazu, öffnet die Tiegeln.

Was für ein Parfüm soll er heute wählen?

Es gibt Feiertagparfüms, Werktagparfüms, solche für Hochzeitsfeierlichkeiten und wieder andere für den Verkehr mit Frauen, andere für Gesellschaften, andere für die Kaffeestunde, andere zum Tee oder zum Essen.

Ein vornehmer Marokkaner kennt sehr genau diese Etikette des orientalischen Lebens und richtet sich genau nach ihr. Deshalb ist er bei der Wahl seines Parfüms so behutsam.

Er wählt lange und sorgfältig, und es gibt für ihn keine größere Freude, als wenn es ihm gelingt, ein neues Parfüm oder eine duftende Salbe zu gewinnen, die bisher seine Nachbarn nicht verwendet hatten.

Dann geht er heim und reibt sich mit dem neuen Parfüm den Bart, die Haare und den Körper ein, um sich darauf mit Wollust dem Nichtstun hinzugeben und mit Wohlgefallen den neuen Duft einzatmen. Das ist sein Gebet. Denn Mohammed ist ja ein Freund der Düfte, und sicherlich blickt er jetzt aus dem Paradies mit Freude auf seinen duftenden Diener herab, dessen Geruch den Gestank rings um das Haus erstickt.

Die Fabrikation von Parfüms ist eine alte marokkanische Kunst. Heute ist sie im Verfall. Die europäischen Fabrikate werden wegen ihrer Billigkeit bevorzugt und drängen die heimische Fabrikation in den Hintergrund. Aber trotzdem ist die Erzeugung von Parfüms in Marokko noch immer etwas Einzigartiges, das sich stets ändert und immer von neuem belebt wird. Es gibt Rezepte, deren Geheimnis nur einige eingeweihte Personen kennen: das Parfümhandwerk, besser gesagt, diese Kunst, ist erblich in den Familien, damit das Geheimnis nicht verraten werde, das vom Vater auf den Sohn übergeht.

Besonders hervorragende Parfümerzeuger sind und waren in Marokko stets in hohem Ansehen. Die marokkanischen Sultane beriefen die hervorragendsten Parfümkünstler zu sich und beschäftigten sie an ihren Höfen. Sie genossen hohe Ehren wie die höchsten Würdenträger. Sie hatten aber auch genug Arbeit, denn der Verbrauch an Parfüms am Hofe des Sultans war ein großer. Der Sultan pflegte täglich in den verschiedenartigsten Gerüchen zu baden, und eigens ausgebildete Masseure reiben seinen Körper mit duftenden Salben ein, die in die Poren der Haut drangen.

Auch der Harem der Sultane verbrauchte eine ungewöhnlich große Menge der verschiedenartigsten Parfüms. Da man den Parfüms auch eine Zaubermacht zuschreibt, bemühte sich jede Haremsdame, ihr eigenes Parfüm zu besitzen, das ihr die Gunst des Sultans gewinnen sollte.

Wenn es nicht half, wurde das Parfüm rasch ausgewechselt. Die Hofparfümkünstler hatten ihre gute Mühe, immer neue und wieder neue Düfte zu erfinden und zu erzeugen.

Während es nun dem Sultan und den Männern überhaupt gestattet war, ihren Körper täglich mit allem Möglichen einzureiben, war es den Frauen — ausgenommen den Frauen des Harems des Sultans — nur erlaubt, sich vor dem Kommen ihres Gatten und Gebieters einzureiben.

Die außerordentlich große Menge der Parfümgeschäfte ist ein Beweis, wie viel von diesem Artikel verbraucht wird. Und ich nahm wahr, daß wirklich jedermann Parfüms erstand, bloß die Frauen nicht. Also gerade umgekehrt wie bei uns. Parfüms kaufen selbst die Allerärmsten: Bettler und Wasserverkäufer. Selbst ungewaschen, schmutzig, zerrissen, reiben sie sich mit Parfüm ein, bespritzen damit ihre paar Fetzen, mit denen sie sich im Schlamm und Kot herumwälzen — aber mit dem ein paar Centimes gekauften Parfüms in einer gewöhnlichen Flasche schmieren sie sich ein, denn die Parfüms werden hierzulande so verzapft, wie bei uns das Bier. Was da für ein Duft daraus wird, kann man sich leicht vorstellen. So ein schmutziger, schmiereriger Kerl, dem Seife, Wasser und Bürste fremde Begriffe sind, begießt sich vom Scheitel bis zur Sohle mit Parfüm. Binnen kurzem verwandelt sich der an und für sich problematische Duft in einen widerwärtigen, unerträglichen Gestank. Aber — er hat sich parfümiert und damit Mohammed seine Verehrung bewiesen.

Also hier ist es umgekehrt, wie bei uns in Europa. Statt Hygiene und Reinlichkeit — Parfüms und duftende Salben. Das heißt man den Duft des Orients. Und das macht den Franzosen auch die größte Mühe, die Eingeborenen an eine regelmäßige Reinlichkeit und Hygiene zu gewöhnen und so verderbliche Krankheiten hintanzuhalten. Es geht aber langsam, sehr langsam vorwärts. Dieser „Duft des Orients“ muß verschwinden. Und dies ist eine der vielen Sachen, welche die Marokkaner nicht verstehen wollen. Denn zu ihrem Glück gehören verhäulte Frauen und stinkende Parfüms — wie es der Koran befiehlt.

(Aus dem Buche: Im Lande der verhüllten Frauen von Vojtech Lev, übersetzt von J. Reismann.)

Mangelndes Vertrauen. Das neue Dienstmädchen klopfte an die Zimmertür. Auf das „Herein“ trat sie ein. „Nun, Marie, was gibts?“ fragte die Dame des Hauses.

„Ich will kündigen, gnädige Frau!“

„Kündigen? Aber Sie sind doch erst gestern gekommen?“ antwortete die überraschte Frau.

„Ja, ich weiß schon, aber Sie haben kein Vertrauen zu mir, gnädige Frau“, antwortete das Mädchen.

„Aber, Marie, ich habe Ihnen doch die Kellerschlüssel, die Schlüssel zu meinem Schmuckkasten und die vom Schreibtisch des Herrn gegeben, ist das nicht Vertrauensbeweis genug?“

„Ja, aber die Schlüssel passen alle nicht!“

Mitleid. „Als ich gestern abend nach Hause kam“, erzählte der arme Schriftsteller, „entdeckte ich, daß Einbrecher bei mir gewesen waren.“

„Haben sie etwas genommen?“ fragte sein Freund. „Nein. Nachdem sie sämtliche Schubfächer durchwühlt hatten, haben sie fünf Mark auf meinen Schreibtisch gelegt.“

Ostern

Von den Bergen, von den Hügeln
Loht Ostaras Feuerbrand
Und auf ihren Flammenflügeln
Braust der junge Lenz ins Land.
Von des Winters starren Banden
Löst sich Mensch und Tier und Flur.
Auferstanden — auferstanden
Ist die schlummernde Natur!

Aus der Schale engem Zwange
Drängt sich sonnenwärts der Keim
Und mit schmetterndem Gesange
Zieht die Lerche wieder heim.
Wie die jubelnde Fanfare
Klingt ihr Auferstehungslied,
Wenn der Schöpfer am Altare
Seiner ersten Blume kniet!

Lasse dich vom Lenz begnaden,
Folge seiner Blumenspur,
Denn in schäumenden Kaskaden
Quillt der Bronnen der Natur.
Lasse seinen Odem wehen
Durch dein innerstes Gemüt,
Dann wird lichtvoll auferstehen,
Was darin als Hoffnung blüht!

Victor Kalinowski.

Ostersonnenglaube

Die Sonne steigt. Hoffnung liegt über der Erde. Nach des Winters Kälte und Dunkelheit erfreut uns das warme Licht.

So viel Nöte hatten wir alle zu ertragen. Hart drückte die Krise. Und vielen Arbeitsschwestern, vielen Arbeitsbrüdern wurde es ernst und schwer um das Herz.

Wie lindend wirkt da die Sonne! Ist uns das steigende Licht nicht das Symbol dessen, daß es schließlich doch schöner und froher wird?

Osterglaube ist Lebensglaube. Und auch die Sinnbilder osterlicher Überlieferung, der Hase, die Eier, sie sind letzten Endes Sinnbilder des Lebens und damit des Lichts, als der Urkraft alles Lebendigen.

Aber uns Menschen der Arbeit, denen ein Bedürfnis nach geschichtlichem Werk in der Brust lebt, uns ist die Sonne nicht nur die Gütige, die uns das Dunkle und Harte unserer Tage lindert. Die steigende Ostersonne ist uns auch Ausdruck des Gewaltigeren, das in uns will. Auch in uns drängt es nach Erhebung, nach mehr, nach Höherem. Sehnsucht erfüllt uns und wogt in uns. Faustische Ostersehnsucht nach Überwindung des trägen Alltags und nach dem Triumph von Freiheit, Größe und Schönheit.

„Oh, daß kein Flügel mich vom Boden hebt!“ So läßt Goethe den Faust voll unerträglichen Drangs nach Licht sprechen. Er hatte die Stadt am Osternachmittage verlassen und sich unter das frohe Volk draußen gemischt. Und da, in der Weite der Freiheit vor den Toren, da packte es ihn im tiefsten, als er da den Sonnenball in die fernste Ferne wandeln sah.

„Dir nach und immer nachzustreben!“, du Sonne! Dir nach und in deinem Sinne hinauf, du Lebensglaube! Nur wer von solchem Bewußtsein großer Aufgabe und solch schier unerträglichem Wollen nach großer Entfaltung erfüllt ist, erlebt den herrlichsten Sinn des Osterfestes recht.

Auferstehung ist Überwindung. Auferstehung ist Befreiung von allem, das das Große in uns, das den sonnenhaften Idealismus in uns hemmt. In dir ist das Göttliche, nicht in der Ware. Aus dir heraus will die Auferstehung triumphieren. Zum Faust ist jeder von uns geboren, und erst dann kann alles faustisch groß und herrlich sein, wenn der Mensch sich seiner ganzen geistigen Bestimmung voll bewußt, dieses sein ganzes geistiges Wollen und Können einsetzt.

Der Kampf ist nichts ohne die Kämpfer. Und die Kämpfer tragen den Triumph des Osterglaubens in sich, wenn sie alle erfüllt sind von diesem faustischen Sehnen, diesem faustischen Trotz, dieser faustischen Kraft, die nichts ist als das innerlich starke Erlebnis des göttlichen Rechtes.

Dr. Gustav Hoffmann.



Verbandsleben



Die Gewerkschaften und der Umschwung

Der Ausfall der Reichstagswahl und der ihr folgende macht-politische Umschwung haben natürlich auch die Gewerkschaften nicht unbeeinflusst lassen können. In ihren Zeitungen äußern sie sich zu dem Umschwung, wobei die weitere Tätigkeit der Gewerkschaften behandelt wird. Wir geben einige dieser Darlegungen zur Unterrichtung unserer Leser wieder.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes schreibt in seinem Verbandsblatt: „In der Nacht vom 10. bis 11. März wurde unsere Verbandszentrale von einer Truppe SA-Leute aus eigener Initiative besetzt. In der gleichen Nacht wurden der Vorsitzende Husemann, die Vorstandsmitglieder Mart-möller und Bittner sowie der Redakteur unseres Verbandsorgans, Zimmer, in Schutzhaft genommen. Ihre Freilassung erfolgte jedoch schon am folgenden Vormittage. Da durch die Besetzung der Zentrale unsere Arbeiten etwas gehemmt waren, bitten wir, eine evtl. verspätete Zustellung unserer Zeitung zu entschuldigen. (Das Haus des Bergarbeiter-Verbandes ist wieder vollkommen freigemacht.) Gleichzeitig er-innern wir daran, daß für die nächsten Wochen eine große Werbeaktion angesetzt ist, von der wir erwarten, daß sie durch die treue Mitarbeit der gesamten Mitgliedschaft zu einem guten Erfolge führen wird.

Werbt von Haus zu Haus für Euren Verband und für die freigewerkschaftliche Liste zu den Betriebsratswahlen! Der Erfolg wird unser sein, wenn alle Mitglieder es wollen und jeder Kamerad seine ganze Person für unsere gute Sache einsetzt. Rüttelt die Zaghaften auf! Seid Kämpfer und entschlossene Männer!

Ein Aufruf des Gesamtverbandes, unterzeichnet von allen Vorstandsmitgliedern und Reichsabteilungsleitern, lautet: „Die Vorgänge der letzten Tage, namentlich aber die Besetzung verschiedener Gewerkschaftshäuser in allen Teilen des Reiches, sind natürlich geeignet, eine starke Beunruhigung in den Kreisen auch unserer Mitgliedschaft auszulösen. Trotz alledem mahnen wir zur Disziplin und Besonnenheit. Selbstredend geschieht alles, um die Stätten unserer Arbeit und unseres Organisationslebens, unsere Büros und Häuser, soweit eine Besetzung erfolgt ist, ihrer Zweckbestimmung wieder zuzuführen und zu erhalten. Diese Bemühungen hatten bereits in vielen Fällen Erfolg. In Berlin sind sämtliche Gewerkschaftshäuser frei.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit darf keine Unterbrechung erfahren. Gleichviel, wie die Regierungen auch heißen und zusammengesetzt sein mögen, zur Wahrung der Arbeitnehmerrechte brauchen wir die gewerkschaftliche Organisation. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Erhaltung und die Fortführung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes geht weiter. Alle Kräfte müssen deshalb zusammengehalten werden...

Fortschritt und Aufbau, Recht und Freiheit, das waren immer unsere Losungen, denen wir in der zurückliegenden Zeit unsere besten Kräfte, nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern des ganzen deutschen Volkes gewidmet haben. Zu diesen Losungen stehen wir auch heute, in der unbeirrbarsten Überzeugung, daß nur auf diesen Fundamenten ein gesunder und glücklicher Wiederaufstieg der deutschen Arbeitnehmerschaft und der deutschen Volksgemeinschaft gewährleistet werden kann, rufen wir Euch allen zu: Vorwärts für unseren Gesamtverband!

Sodann entnehmen wir aus einer Kundgebung des Verbandes der Schuhmacher an die Verbandsmitglieder folgende Abschnitte: „In diesem Lärm der politischen Kämpfe, in dieser Situation der allgemeinen Verwirrung der Begriffe von Freiheit und Recht sind es die Gewerkschaften, welche der Arbeiterschaft noch den einzigen Rückhalt bieten. Diese nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken, ist somit unerlässliche Aufgabe jedes einzelnen. Die Gewerkschaften sind zur Zeit das einzige Bollwerk, in welchem die Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Lebensinteressen den notwendigen Schutz findet, von wo aus sie ihre wirtschaftlichen und sozialen Er-rungenschaften mit Erfolg verteidigen kann.

Es geht um die Behauptung von Freiheit und Recht, um die Sicherung menschenwürdiger Existenzbedingungen! Hinter dieses überlegene Allgemeininteresse müssen alle Sonderinteressen und politischen Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden. Wer nicht in diesem Sinne handelt, begeht ein Verbrechen an den Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft, an sich selbst und seiner Familie.

Der „Zentralverband der Schuhmacher“ ist die wirtschaftliche Interessensvertretung aller in der Schuhindustrie und im Schuh-macherhandwerk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Deshalb richten wir zu alle Berufsangehörige den dringenden Appell sich restlos einzureihen in die Kampffront unseres Verbandes und mitzuarbeiten und mitzukämpfen gegen jede Unterdrückung der arbeitenden Klasse und zu deren Befreiung aus wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ver-elendung.

Der Textilarbeiter-Verband stellt die Lage und Aufgabe der Organisation und ihrer Mitglieder so dar: „An dem Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist durch die Wahl absolut nichts geändert worden. Die wirtschaftlichen Gegensätze werden in Zukunft ebensowohl fortbestehen, wie die aus der Textilarbeiterschaft heraus sich ergebenden gemeinschaftlichen Interessen beider Gruppen. Die wirtschaftlichen Organisationen werden auch in Zukunft die besten Garanten sein für eine im Interesse der Ge-samtheit liegende Wirtschaftsentwicklung. Die Gewerkschaften werden deshalb ihre Arbeiten in der Wahrnehmung der ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen fortsetzen. Ebenso wie früher, werden wir auch jetzt die gesetzlichen Bestimmungen be-obachten. Politische Wahlergebnisse sind keine Hebel, wirtschaftliche Verhältnisse umzuformen. Schon diese Tatsache macht es für die Arbeiterschaft zur zwingenden Notwendigkeit, ihre in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Interessen-vertretungen, ihre Gewerkschaften, hochzuhalten und zu stützen. Das gegenwärtige Arbeitsprogramm ist und mindestens un-essen: Konsequente Durchführung der Betriebsräteab-wahl, Fortsetzung unseres Ringens um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, verstärkte Werbearbeit.

Dabei ist besonders zu betonen, daß dritte, der Organisation fernstehende Personen kein Recht haben, die Textilarbeiter-schaft zu irgendwelchen Aktionen anzuführen. Einladungen zu Textilarbeiterveranstaltungen — mögen das öffentliche oder Belegschaftsveranstaltungen sein — durch politische Gruppen ist unter gar keinen Umständen folge zu leisten.

Von der Regierung erwarten wir, daß sie ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm auf dem schnellsten Wege in die Tat umsetzt, des ferneren, daß sie eine Handelspolitik einschlägt, die auch den berechtigten Exportinteressen der Textilindustrie entgegenkommt.

Der Abschluß mag ein Aufruf des Vorstandes des Ver-bandes der Zimmerer bilden. Aus ihm entnehmen wir: „Unsere Arbeit in den nächsten Wochen wird somit vor-wiegend ausgefüllt sein mit der Fertigstellung der bezüglichen Lohn- und Arbeitsurteile. Darüber hinaus aber müssen wir uns

die Erstarkung unseres Verbandes ernstlich an-gelegen sein lassen. Wie notwendig sie ist, haben wir sowohl in den bezirklichen Verhandlungen als auch bei den Verhand-lungen über einen neuen Reichstarifvertrag erfahren. Alle Kraft muß unserer gewerkschaftlichen Arbeit gelten. Aus-einandersetzen parteipolitischer Art stören diese Arbeit; sie sind aus unserem Verbandsleben fernzuhalten. Wahrung und Förderung der beruflich-wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen unserer Mitglieder ist der Zweck unseres Verbandes. So steht es in seinen Satzungen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch einheitlichen Zusammenschluß aller Berufs-angehörigen, durch Pflege der Kameradschaft und Solidarität.

In diesem Rahmen hat sich unsere Verbandsarbeit zu halten. Jedes Verbandsmitglied hat das Recht und die Möglichkeit zur freiesten Meinungsäußerung in allen Verbandsangelegenheiten. Sie darf jedoch den durch die Verbandsinteressen gesteckten Rahmen nicht verlassen. Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, die Verbandssatzungen und Verbandstagsbeschlüsse strengstens zu beachten. Nur so wahren wir die gewerkschaftliche Einheit und Selbständigkeit, die unbedingt erhalten bleiben muß, un-bekümmert um Parteien und Parteikonstellationen.“

Einer Erläuterung bedürfen diese Kundgebungen der Ver-bände nicht. Jedes Mitglied versteht aus innigstem Verbunden-sein mit dem Wesen unserer Bewegung die Sprache unserer Vorstände. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte auf die Erfüllung ihrer ursprünglichen und zu allen Zeiten wich-tigsten Aufgaben konzentrieren, um ihr Eigenleben zu erhalten und ihren Mitgliedern Schutz und Hilfe zu gewähren.

Tarif-Frieden bis zum Herbst

Die Reichsregierung hat, wie die Tageszeitungen am 5. April berichten, die Absicht, für eine Reihe von Monaten einen Tarif-Frieden eintreten zu lassen. Nach dem Beispiel des Bergbaus und der Textil-Industrie sollen die Tarifverträge bis zum Herbst unverändert verlängert werden. Nach Möglichkeit soll eine Kündigung der Verträge vermieden werden.

Mit dieser Regelung erstrebt man ein Doppeltes: eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens durch Tarifkämpfe soll vermieden werden. Zugleich will man für die Neu-ordnung des Sozialrechtes Zeit gewinnen, um auch die künftige Gestaltung der kollektiven Lohnregelung mit einzubeziehen.

Gleichschaltung mit Unternehmer-verbänden

In einer Mitteilung des nationalsozialistischen Völkischen Beobachters heißt es:

„Die nationale Revolution hat eine entsprechende Anpassung der industriellen Verbandspolitik erforderlich gemacht. Dr. Otto Wagener im Verbindungsstab der NSDAP hat sich deshalb mit dem Präsidium des Reichsverbandes der Deut-schen Industrie in Verbindung gesetzt und folgende Be-schlüsse erwrirt:

1. Als Vertrauensmann der NSDAP wird Dr. Hans v. Lucke, als Vertrauensmann deutschnationaler Wirtschaftskreise Herr Alfred Möllers, MdK, der Vorsitzende des Bundes für nationale Wirtschaft und Werkgemeinschaft, in die Ge-schäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie aufgenommen.

2. Präsidium und Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie werden in personeller Hinsicht umge-staltet.

3. Dem Urlaubsgesuch des bisherigen geschäftsführenden Präsidialmitglieds, Geheimrat Kastl, wird stattgegeben.

Mit dieser beginnenden Änderung der industriellen Wirt-schaftspolitik soll unserer weltanschaulichen Einstellung zur Wirtschaft Rechnung getragen werden.“

Wie die Telegraphen-Union meldet, haben weitere fünf Herren der höheren Beamtenschaft des Reichsverbandes der deutschen Industrie ihre Posten niedergelegt.

Geheimrat Kastl war früher für die Regierung in den deut-schen Kolonien, besonders in Deutsch-Südwestafrika, tätig und längere Zeit Ministerialdirektor im Finanzministerium. Seit 1925 gehörte er als Geschäftsführendes Präsidialmitglied dem Reichsverband der Deutschen Industrie an. In dieser Eigenschaft nahm er als Sachverständiger an den Pariser Verhandlungen über den Young-Plan teil. Auf zahlreichen internationalen Kon-ferenzen vertrat er den Reichsverband der Deutschen Industrie. Er war als Vertreter der Industrie an dem Abschluß der beiden deutschen Stillhalte-Abkommen vom Jahre 1932 und 1933 maß-gebend beteiligt.

Führerkreis im Langnam-Verein

Der Geschäftsführung des Langnam-Vereins ist ein Führer-kreis übergeordnet worden, der für das ganze Gebiet die er-forderlichen organisatorischen Anordnungen treffen und dafür sorgen soll, daß die Wirtschaft des westdeutschen Industrie-reviers sich in den neuen Staat eingliedert. Die Gesamtorgani-sation soll in den Händen des Sturmführers Dr. Joseph Klein und des Geschäftsführers des Langnam-Vereins Dr. Schlenker liegen.

Für die verschiedenen Produktionszweige sind besondere Be-zauftragte eingesetzt worden, und zwar für die Kohlenwirtschaft Ludwig Kraft, Düsseldorf (NSDAP) und Direktor Janus, Essen. Für die Eisen- und Stahlwirtschaft Sturmführer Dr. Scherr, Düsseldorf, und Direktor Dr. Ernst Poensgen. Für die Textilwirtschaft Kreiswirtschaftsreferent Generaldirektor Wilhelm Achter, München-Gladbach, und Abraham Fro-wein, Wuppertal. Für Chemie und verwandte Produkte Generaldirektor Eismann (NSDAP) in Koblenz, Direktor Fritz ter Mer, Leverkusen, und als Wirtschaftsberater Dr. Paul Karrenbrock, Düsseldorf (NSDAP).

Diese Neuorganisation ist erfolgt im Zuge der allgemeinen Entwicklung, die darauf abzielt, die Wirtschaftsführung mit der neuen Staatsführung gleichschalten. Der Langnam-Verein nimmt unter den wirtschaftlichen Organisationen eine Sonder-stellung ein, auf die schon sein Name hindeutet: „Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen in Rheinland und Westfalen.“ Er beschränkt sich nicht nur darauf, die Notwendigkeiten dieser Provinzen auf dem Gebiete der Steuer-, Handels-, Sozial- und Verkehrspolitik gegenüber den Zentral-stellen des Reiches zu vertreten. Vielmehr ist er gewissermaßen auch die gemeinsame Plattform für die Zusammenarbeit in allen Dingen, die das Industriegebiet selbständig aus eigener Kraft in Angriff zu nehmen vermag.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 16. April, ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. April 1933 fällig.

Nach dem Beschluß vom Vorstand und Erweiterten Beirat ist bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 ermäßigt.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge 15 Pf.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Wo ist das Geld geblieben?

Anläßlich eines Werbeabends der NSBO in Wernigerode hat nach einem Bericht in Nr. 79 vom 3. April der Wernigeroder Zeitung der Referent aus Dessau u. a. folgendes ausgeführt:

„Jedem Arbeiter würde das Herz bluten, wenn er wüßte, was alles mit seinem eigenen Gelde geschehen ist. 288 Mil-lionen Gewerkschaftsgelder sind pro Jahr gezahlt worden, wo ist das Geld geblieben?“

Wie der Redner zu 288 Millionen Gewerkschaftsgeldern je Jahr kommt, ist unerfindlich. Von den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden sind im Jahre 1931 (für 1932 liegt die Statistik noch nicht vor) 215,6 Millionen ausgegeben worden, davon erhielten die Mit-glieder im gleichen Jahr 109,88 Millionen in Form von Arbeits-losen-, Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Notfall-, Reise-, Umzugs- und sonstigen Unterstützungen zurückbezahlt, 62,9 vH, also fast zwei Drittel der Unterstützungsausgaben, entfallen auf Arbeitslosenunterstützung. Über die Verwendung der Restsumme gibt das Jahrbuch 1931 des ADGB ausführlich Aufschluß. Der Referent aus Dessau sollte sich dieses Jahrbuch kaufen, um künftig in seinen Versammlungen nicht mehr die Frage stellen zu müssen: „Wo ist das Geld geblieben?“

Der Redner führte weiter aus, daß zum Beispiel im Deutschen Metallarbeiter-Verband „Spitzengehälter von 1600 Mark bezahlt, ein Auto für 58.000 Mark, eine Büroeinrichtung (Magdeburg) von über 300.000 Mark angeschafft wurden und daß ein Ver-waltungsgebäude 3,6 Millionen Mark kostet.“

Dem Redner muß auch in diesem Fall, sagen wir, ein un-geheuerlicher Irrtum passiert sein. Die Hauptverwaltung des DMV hat überhaupt kein Auto, das Spitzengehalt ist um das Dreifache zu hoch angegeben, an der Büroeinrichtung scheinen einige Nullen zuviel und über die Kosten des Hauptverwaltungs-gebäudes in Berlin ist schon im Jahre 1930 der zuständige Stelle — dem Verbandstag — Rechnung gelegt worden. Die Ge-werkschaften legen stets offen Rechnung über Einnahmen und Ausgaben ab, so daß man nur deren Jahrbücher zu lesen braucht, um genaue Unterlagen zu bekommen. Das sollte sich auch der Redner aus Dessau merken.

Vier Angestellten-Jubilare

In diesen Tagen haben vier unserer Verbandsangestellten das 25jährige Jubiläum begangen. Als erster sei der Kollege Jo-hann Rau in Stuttgart genannt, der am 13. April in dem damals noch in Stuttgart befindlichen Hauptbüro unseres Ver-bands angestellt wurde und später in die dortige Bezirksleitung als Sekretär eintrat. Die andern zwei Jubilare sind die Kollegen Julius Menke und Adolf Brandt in Bielefeld. Beide wurden im April 1908 von dieser Verwaltungsstelle als Beitrags-kassierer angestellt, und sie bekleiden diesen Posten noch heute. Der vierte ist der Kollege Hans Dietrich von der Berliner Ortsverwaltung. Dieser hat, bevor er in die besoldete Stellung des Verbandes kam, verschiedene Ehrenämter in der Klemper-Kommission wie als Bautenkontrollleur versehen. Kollege Dietrich tritt am Tage seines Jubiläums in den Ruhestand, soweit man bei diesem Kollegen von Ruhestand reden kann.

Es haben mithin alle vier Kollegen ein Vierteljahrhundert im Dienste der Mitgliedschaft gestanden. Und diese Zeit ist meist außerordentlich bewegt gewesen. Von den zwirbelnden Ge-schehnissen dieser Zeit haben die Metallarbeiter einen über-vollen Teil gehabt, der begreiflicherweise weiterrollte auf die Angestellten. Bei ihnen wurden letztere die Schmerzen und Klagen, Sorgen und Leidenschaften gehäuft, und all das bezog sich keineswegs bloß auf wirtschaftliche und organisatorische Dinge, sondern auch auf persönliche oder familiäre. Der Ge-werkschaftsangestellte wurde und ist der Vertraute, Berater und Helfer, er nimmt teil an allem, was die Mitglieder bewegt. Das gilt insonderheit für die Beitragskassierer. Sie haben die mühseligste Arbeit. Und wenn man das, was unsere beiden Jubilare Menke und Brandt 25 Jahre gemacht hat, dann kann man getrost sagen, daß sie mehr als ihre Pflicht getan haben. In den Bezirksleitungen ist die Mühseligkeit gewiß von anderer Art, aber schwerlich geringer. Und wer diesen Dienst, wie unser Jubilar Rau, zweieinhalb Jahrzehnte versehen, der weiß sicher-lich, was er geschafft hat. Wir erfüllen daher nur ein Gebot der Pflicht, wenn wir den vier Kollegen für ihre Arbeit herzlich danken. Sie werden, des sind wir gewiß, nichts von Dank wissen wollen. Aber dennoch wollen wir ihn ihnen aussprechen.

DIE METALLARBEITER-ZEITUNG

gründlich lesen, dann weitergeben
an Unorganisierte und Gleichgültige

Verbt mit Eurer Zeitung für Eure Sache

31 bis 32 Millionen arbeitslos

Der jüngste Vierteljahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes für die ersten drei Monate des Jahres 1933 zeigt noch keine Abnahme der Weltarbeitslosigkeit an. Im Gegenteil, in den meisten Ländern ist die Arbeitslosigkeit, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, noch erheblich gewachsen, wie besonders in Chile (116prozentige Zunahme), Estland und Schweden (je 77 vH), in der Tschechoslowakei (61 vH), in Belgien (35 vH), in Dänemark (30 vH), Holland (20 vH) und in der Schweiz (22 vH). Das Anwachsen um 199 vH in Irland erklärt sich freilich zum großen Teil aus einem Wechsel der dort eingeführten Zählmethoden. Geringere Zunahmen sind in Österreich (11 vH), Frankreich (9 vH), England (4 vH) und in Italien (2 vH) festzustellen. Lediglich vier Länder weisen eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen auf, darunter zum erstenmal auch Deutschland, wo die Arbeitslosenziffer des ersten Vierteljahres 1933 3 vH niedriger ist, als diejenige des ersten Vierteljahres 1932. Dennoch marschiert Deutschland immer noch an zweiter Stelle, wenn man die Arbeitslosen zu der Zahl der arbeitenden Bevölkerung in Beziehung setzt; Von den Erwerbstätigen sind in Deutschland 33 vH, in Österreich 32,1 vH, in Großbritannien 22,8 vH und in den Vereinigten Staaten sogar 34 vH arbeitslos.

Die genaue Zahl der amerikanischen Arbeitslosen ist nicht so leicht festzustellen, da von verschiedenen Stellen verschiedene Schätzungen veröffentlicht werden, die sich zwischen 12.100.000 und 16.774.000 bewegen. Auch hinsichtlich der übrigen Länder sind die Zahlen kaum miteinander zu vergleichen, da ein Land die Statistiken der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, ein anderes die der freiwilligen Arbeitslosenversicherung, ein drittes die der Gewerkschaften oder Stellenvermittlungsbüros veröffentlicht. Innerhalb dieser verschiedenen statistischen Gruppen ergeben sich für den gegenwärtigen Stand der Weltarbeitslosigkeit folgende Zahlen:

Deutschland (März 1933) 6 000 958, Österreich 401 321, Großbritannien 2 914 914.
Belgien 207 112 (Februar 1933), Schweiz 125 142, Tschechoslowakei 299 326, Frankreich (März 1933) 368 929, Italien 1 225 470, Japan 503 958, Schweden 138 131 und Jugoslawien 23 574.

Wie verschieden jedoch die statistischen Angaben für das gleiche Land sein können, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Angaben der freiwilligen Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsämter in der Tschechoslowakei; während die erstere die auch von uns oben wiedergegebene Zahl von 299 326 Arbeitslosen für die Tschechoslowakei angibt, weisen die tschechoslowakischen Stellenvermittlungsbüros für das gleiche Land in der gleichen Periode (Februar 1933) 918 334 Arbeitslose aus!

Die Gesamtzahl der gebuchten Arbeitslosen belief sich am Ende des ersten Vierteljahres 1933 nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes auf 31 bis 32 Millionen. Das bedeutet, mit den Familienangehörigen, weit über 100 Millionen Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind und der Wohltätigkeit oder der staatlichen Fürsorge anheimfallen.

Hungerstreik im Schacht

Über die Arbeitslosigkeit im polnischen Industriebezirk Sosnowitz ist hier wiederholt berichtet worden. Dort wie auch in dem benachbarten früher deutschen Industrierevier erlisch das wirtschaftliche Leben. Ein Werk nach dem andern wird stillgelegt oder auf Kurzarbeit gestellt, und zu den Eisenwerken fügen sich die Bergwerke. Die weniger rentablen Gruben werden ausgeschaltet, der fortgesetzt sinkende Kohlenbedarf auf eine sinkende Zahl von Zechen verteilt. Was das für die Knappen bedeutet, läßt sich denken. In dem polnischen Steinkohlengebiet ist jeder zweite Mann erwerbslos.

Vor vierzehn Tagen nun wurden aber auch in dem alt-polnischen Bezirk große Stilllegungen angekündigt. Insbesondere wurden hiervon die nahe Sosnowitz gelegenen Gruben Mortimer und Klimontow betroffen. Vor allem die Klimontow-Belegschaft setzte sich der Stilllegung mit ungewöhnlicher Energie entgegen, denn gerade hier waren eine Reihe Bergarbeiter erst vor kurzer Zeit angelegt worden. Diese Arbeiter, und aus Solidarität auch ihre Arbeitskameraden, versuchten wenigstens zu erreichen, daß die Grube noch drei Wochen in Betrieb bliebe, damit die neu angelegten Arbeiter das Recht auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erlangen würden und nicht ohne jeden Rückhalt auf die Straße gesetzt werden. Als die erbetene Zusage nicht erlangt werden konnte, trat die 405 Mann starke Belegschaft an ihrem Arbeitsort, 302 Meter unter Tage, am 14. März zu einer Belegschaftsversammlung zusammen und beschloß, nicht eher auszufahren, bis die erbetene Zusage erteilt sei. Die Grubenverwaltung blieb unnachgiebig. Verhandlungen in Warschau brachten nur Versprechungen.

Am 17. März beschlossen die in der Grube verbliebenen Arbeiter, denen bis dahin die notwendigen Nahrungsmittel her- untergebracht worden waren, deren Annahme fernerhin zu verweigern und in den Hungerstreik zu treten. Bis zum 20. März mußten sie 15 ihrer Kameraden, die erschöpft zusammengebrochen waren, mit der Förderschale hinaufschicken. Als die Grubenverwaltung weiterhin ungerührt blieb, wurde ein 24stündiger Proteststreik der Gruben Czelandz, Nivka und Graf Renard in der Form durchgeführt, daß die Belegschaften zwar einfuhren, aber jeden Handschlag Arbeit verweigerten.

Bis zum 28. März mußten 75 völlig erschöpfte Bergleute heraufgeschickt werden. Die übrigen verharrten weiter im Hungerstreik. Über Tage wurden die Gruben Tag und Nacht von den verzweifelten Angehörigen der Streikenden belagert. Ganz Polen nahm an dem heroischen Kampf der Streikenden teil. Endlich, als die Erregung bis zur Unerträglichkeit gestiegen, gab die Bergwerksverwaltung nach.

Aber wenn die Bergarbeiter dieser Grube noch einmal die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes durchgesetzt haben, das Schicksal können sie doch nicht wenden. Der Friedhof der polnischen Industrie wird immer grauenerbarer.

Arbeitsbeschaffung in Schweden

Die schwedische Regierung hat dem Reichstag einen großzügigen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreitet. Zu diesem Zweck wird die Bewilligung eines Betrages in Höhe von 160 Millionen Kronen für verschiedene öffentliche Arbeiten gefordert. Man rechnet damit, daß es auf diese Weise möglich sein wird, direkte und indirekte Beschäftigung für 90 000 Arbeiter zu schaffen. Die jetzigen öffentlichen Norstandsarbeiten, die zu untertariflichen Löhnen ausgeführt wurden, werden abgeschafft. Für die nach dem neuen Arbeitsbeschaffungsplan durchzuführenden Arbeiten sollen die tariflichen Arbeitsbedingungen Geltung haben. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Arbeit einen unumstrittenen gemeinnützigen Charakter tragen soll. Die Arbeitszeit soll im allgemeinen nicht 40 Stunden wöchentlich übersteigen. Überarbeit soll nur in dringenden Fällen gestattet werden. Bei den vorgesehenen Arbeiten soll darauf geachtet werden, daß den Privatbetrieben dadurch keine Konkurrenz entsteht.

Der Gesetzentwurf enthält weiterhin einige Bestimmungen, betreffend die Art und Finanzierung der geplanten Arbeiten sowie die Verteilung des Staatszuschusses.

Der Tarifvertrag

Nach der nationalen Umwälzung werden jetzt nicht allein sämtliche politischen, auch werden sämtliche wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen in den großen Schmelztiegel geworfen, um aus ihm in neuer Gestalt emporzusteigen. Welche Gestalt sie gewinnen werden, davon hängt ein großes Stück künftigen Schicksal des deutschen Volkes ab. Auch der Tarifvertrag gehört zu den Fragen, um die jetzt die Auseinandersetzung neu beginnt. Für die Gewerkschaften, die den Gedanken des Tarifvertrages in die Praxis umsetzten, kann diese Auseinandersetzung nicht unwillkommen sein. Sind sie doch darüber beruhigt, daß die Einrichtung der Tarifverträge bestehen bleiben wird. Was aber Ausgestaltung des Tarifvertrags, seinen wesentlichen Inhalt, anlangt, so ist in dieser Hinsicht nie an irgendwelchen Dogmen starr festgehalten worden. Selbstverständlich trachteten die Gewerkschaften, den Tarifvertrag für die Arbeitnehmer vorteilhaft zu gestalten. Dabei trugen sie aber den jeweils vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen stets Rechnung. Insbesondere waren sie sich dessen bewußt, daß die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft die Rentabilität der Unternehmungen ist, und daß daher Tarifverträge, die den Unternehmergewinn unmöglich machen, auch die Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigen müßten.

Die Partner der Tarifverträge, die Unternehmerverbände, waren, zumindest in den letzten Jahren, an Machtentfaltung hinter den Gewerkschaften nicht zurückgeblieben. Straffer und einheitlicher als die Gewerkschaften organisiert, verfügten sie über größere finanzielle Mittel als diese und besaßen in der Aussperrung eine Waffe, die keineswegs weniger scharf wirkte als der Streik, die Waffe der Gewerkschaften im Lohnkampf. Die Statistik der Arbeitskämpfe zeigt, daß die Unternehmerverbände von dieser Waffe einen von Jahr zu Jahr steigenden Gebrauch machten. Freilich kamen die meisten Tarifverträge ohne Streiks und Aussperrungen zustande. Diese Feststellung besagt aber, daß die Tarifverträge Ergebnisse von Kompromissen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden waren, daß demnach nicht davon die Rede sein kann, daß die Gewerkschaften die Lohnbedingungen diktieren konnten.

Die Geschichte des staatlichen Schlichtungswesens, das beim Abschluß von Tarifverträgen helfend und häufig entscheidend eingriff, ist noch nicht geschrieben. Die staatlichen Schlichtungsorgane haben zwar manche Korrekturen an der Lohnbildung vorgenommen, indem sie einen weitgehenden Lohnaufstieg in der Konjunktur verhierten, die Lohnsenkungen in der Depression dagegen bremsen. Sie haben jedoch die allgemeine Grundrichtung der Tarifverträge, die demnach als Kompromisse zwischen Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden in Erscheinung traten, keineswegs entscheidend geändert.

Zweifellos war der auf Grund von Tarifverträgen zustandekommene Lohn im Durchschnitt der Konjunkturzeiten höher, als er ohne die Einrichtung der Tarifverträge gewesen wäre. Die Machtposition der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt ist viel zu groß, als daß der einzelne Arbeiter im individuellen Arbeitsvertrag gegenüber dem Unternehmer nicht ins Hintertreffen geraten müßte. Im freien Arbeitsvertrag müßte der Lohn hinter dem durch die jeweilige Produktivität ermöglichten Stand zurückbleiben, was nicht allein sozial,

sondern ebensogut auch wirtschaftlich von Nachteil gewesen wäre. Dem Tarifvertrag ist es zu verdanken, daß diese Schäden vermieden werden konnten. Diese Funktion muß der Tarifvertrag auch in Zukunft behalten. Im übrigen mag ein tarifloser Zustand vielen Unternehmern Lohnersparnisse bringen, insgesamt würde er Störungen auch in der Kalkulation der Unternehmer verursachen. Daher wünschen heute die Unternehmer nicht die Beseitigung des Tarifvertrags.

Was nun die Ausgestaltung der Tarifverträge im einzelnen anbelangt, so treten gegenwärtig die Lösungsworte: Leistungslohn — Entlohnung der Arbeit nach Leistung — und anpassungsfähiger Lohn stark in den Vordergrund. Gut und schön. Eine gründliche Betrachtung der dem Tarifvertrag zugrundeliegenden Verhältnisse kann zeigen, daß dem Prinzip des Leistungslohnes auch bisher bereits weitgehend Rechnung getragen wurde, und weiter, daß die behauptete Starrheit der Löhne gar nicht bestand.

Ganz offenkundig ist das Vorherrschen des Leistungsprinzips beim Akkordlohn, der die Leistung überhaupt zur Grundlage der Lohnbemessung nimmt. Nun ist der Akkordlohn in der Nachkriegszeit auf Kosten des Zeitlohnes überall vorgezogen, und heute sind, wie die amtlichen Lohnerhebungen beweisen, die Löhne überwiegend Akkordlöhne. Lohnpolitiker haben sogar, und nicht mit Unrecht, vielfach von einer Überspannung des Akkordprinzips gesprochen, indem sie auf manche Nachteile dieses auf das reine Leistungsprinzip aufgebauten Lohnsystems hinwiesen. Doch möchten wir an dieser Stelle auf die dazu vorgebrachten Einwände nicht eingehen. Nur die Tatsache, daß im Akkordlohn das Leistungsprinzip am meisten anerkannt wurde, sei hier unterstrichen.

Die so oft behauptete Starrheit des Tariflohnes, der den sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung trage, kann nur dann behauptet werden, wenn man aus den Augen verliert, daß der Tariflohn nur einen Teil der Lohnabzüge der Arbeiter erfaßt. Das Lohneinkommen stellt sich zusammen aus dem Tariflohn und aus dem übertariflichen Lohn, und zwar macht, wie die Ergebnisse der Lohnerhebungen zeigen, der übertarifliche Lohn in vielen Produktionszweigen einen größeren Teil des Gesamtlohnes aus, als der Tariflohn. Der übertarifliche Lohn ist jedoch in jeder Beziehung beweglich, bei ihm kann sowohl dem Leistungsprinzip wie auch der Notwendigkeit der Anpassung an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse Geltung verschafft werden. Der Tariflohn selbst kann nur als eine Grundlage, gewissermaßen als der Mindestlohn, der dem Arbeiter ein Existenzminimum sichern soll, aufgefaßt werden. Für Produktionszweige, wo der Tariflohn nur einen geringeren Teil des Gesamtlohnes ausmacht, während der größere Teil auf übertarifliche Entlohnung entfällt, wurde sogar in der lohnpolitischen Literatur häufig festgestellt, daß bei diesen nicht von einer übermäßig starren, vielmehr von einer allzu wenig konstanten Lohnbildung gesprochen werden kann.

War also im übertariflichen Lohn eine hohe Elastizität der Lohnbildung gesichert, so bestand andererseits auch in den bisherigen Tarifverträgen schon die Möglichkeit, bei geringerer Leistungsfähigkeit einzelner Arbeiter diesen untertarifliche Löhne zu zahlen. So war diese gegenwärtig häufig gewünschte Einrichtung dem Tarifvertrag auch schon bisher nicht fremd.

Was aber die Starrheit anbelangt, die darin liegt, daß durch den Tarifvertrag der Unternehmer längere Zeit gebunden wird, während welcher sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern können, so ist dazu zweierlei zu sagen: einmal ist diese Bindung für längere Zeit den Unternehmern nicht unwillkommen, da sie ihnen eine solidere Kalkulationsbasis sichert und die Gewähr dafür bietet, daß sie während der Dauer des Tarifvertrags ihre Produktion ungestört führen können. Zum anderen ist aber dank der Trennung des Manteltarifs und der Arbeitszeitabkommen vom Lohnabkommen jene zeitliche Starrheit des Tariflohnes viel geringer geworden, da doch das Lohnabkommen gewöhnlich für viel kürzere Zeit gilt als die Teile des Tarifvertrags, die die übrigen Arbeitsverhältnisse regeln.

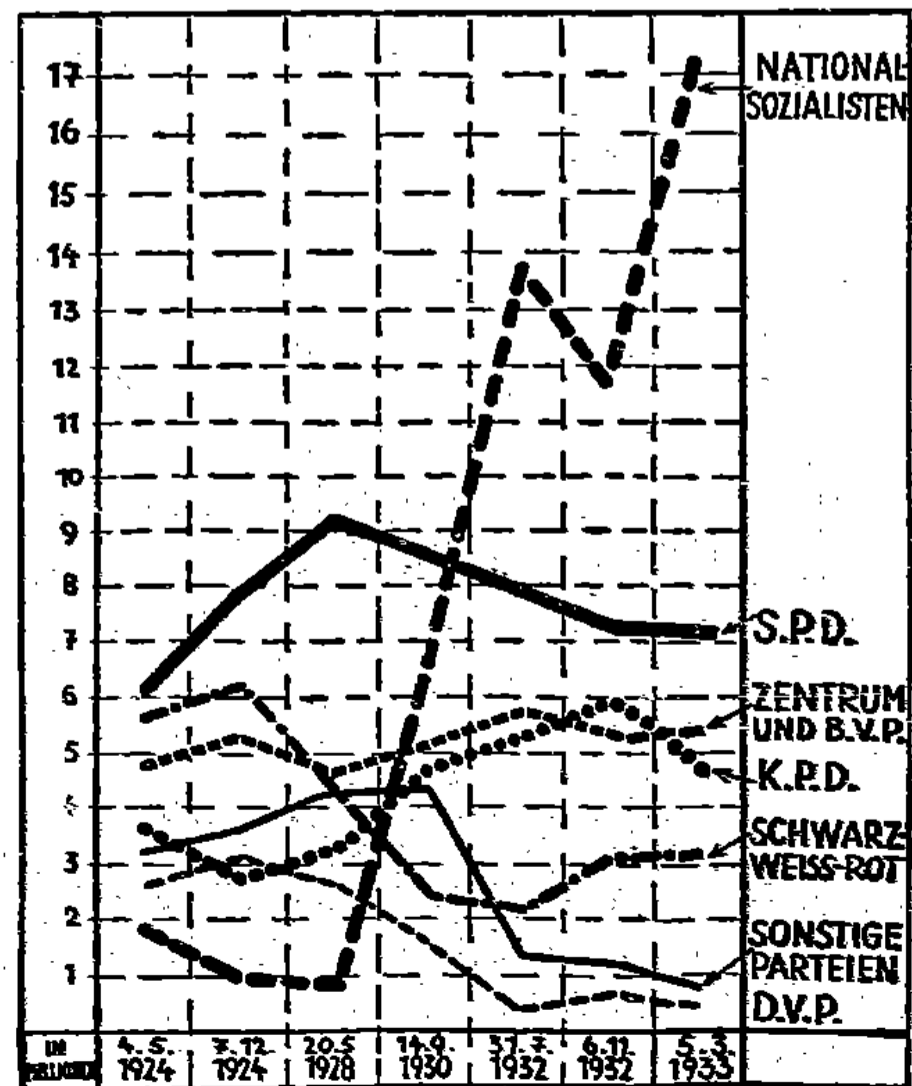
Derart ergibt sich aus einer sachlichen Betrachtung der bisher geltenden Tarifverträge, daß diese den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Anpassung an die Verhältnisse Rechnung trugen und auch das Leistungsprinzip weitgehend verwirklichten. Man kann eine weitere Ausgestaltung des Tarifvertrags nach diesen beiden Richtungen hin für möglich halten. Nur davor muß gewarnt werden, daß die Unternehmerverbände eine Reform des Tarifwesens zum Vorwand nehmen, ihre Machtposition auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken und die Gesamtlohnsomme, eventuell bei Lohnerhöhungen, für eine schmale Schicht durch Lohnsenkungen für die Mehrzahl der Arbeiter herabzudrücken. Eine solche Lohnpolitik wäre in einem Zeitpunkt, wo die Staatsführung das Hauptgewicht des Wirtschaftslebens auf die Pflege des inneren Marktes legen will, weniger denn je angezeigt.

Das Stimmresultat vom 5. März

Der Deutsche Reichsanzeiger vom 17. März bringt das berechnete Stimmresultat der Reichstagswahl vom 5. März. Danach beteiligten sich an der Wahl 44 675 000 Stimmberechtigte (davon 1 066 000 mit Stimmzetteln). Als gültige Stimmen verblieben insgesamt 39 343 000. Davon entfielen Stimmen auf die

Nationalsozialisten	17 277 000 = 43,9 vH
Sozialdemokratie (SPD)	7 181 000 = 18,3 "
Kommunisten (KPD)	4 848 000 = 12,3 "
Zentrum	4 424 000 = 11,2 "
Schwarz-Weiß-Rot (Deutschnationale)	3 136 000 = 8,0 "
Bayerische Volkspartei (Zentrum)	1 073 000 = 2,7 "
Deutsche Volkspartei	432 000 = 1,1 "

Der Rest der Stimmen verteilt sich auf fünf kleinere Parteien, deren Stimmzahlen zwischen 383 000 und 47 700 schwanken.



Änderung der Lohnsteuer in Italien

Die Lohnsteuer bestand bisher in Italien als eine Unternehmersteuer, die das Unkostenkonto der Unternehmen belastete und vom Lohn nicht abgezogen werden durfte. Sie wurde nicht auf Grundlage der tatsächlich ausgezahlten Löhne berechnet, sondern wurde als eine Pauschalsumme abgeführt. Die jüngste Reform der Lohnsteuer, die dem Zweck dient, dem Staat erhöhte Einnahmen zu liefern, setzt zwar den bisherigen Lohnsatz von 9 vH auf 8 vH herunter, verändert jedoch grundlegend die Art der Abführung der Lohnsteuer, indem sie nunmehr entsprechend den tatsächlich gezahlten Löhnen geleistet und vom Lohn abgezogen wird. Den Arbeitern wurde zwar das Recht eingeräumt, eine Erhöhung ihrer Bezüge um die Lohnsteuer zu verlangen. Trotzdem wird die Lohnsteuer größtenteils auf Kosten der Arbeiterschaft gehen, deren tiefgesunkene Einkommen dadurch noch weiter geschmälert werden. Wird doch, wie allgemein angenommen wird, die Überwälzung der Lohnsteuer auf die Unternehmer angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise auf die Dauer nicht gelingen.

Zepelin-Weltfahrten

Diese gegenwärtig interessanteste Serie finden Sie in allen **CLUB** und **Sankt Georg** Packungen. Zum Einkleben der gestochen scharfen Bromsilber-Bilder im Großformat ist kein gewöhnliches Album, sondern ein umfangreiches Buch erschienen — reich ausgestattet mit Kunst-Beilagen, technischen Zeichnungen, mehrfarbigen Landkarten, interessanten Schilderungen und genauen Beschreibungen. Bei jedem Händler (oder von der Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24) erhalten Sie für RM. 1,25 dieses wertvolle

Bilder-Sammelwerk

Tauschzentrale: Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24, Nossener Straße 1.

Wiederaufleben ungültiger Quittungskarten zur Invalidenversicherung

Aus den verschiedensten Gründen hat man von der Verwendung von Invalidenkarten, also vom Weiterleben der Versicherungsmarken abgesehen. Mag es sich um die Verheiratung weiblicher Teilnehmer gehandelt haben, um die Selbständigmachung früher im Arbeitsverhältnis tätiger Personen usw., überall wird man sich heute die Frage vorlegen: Ist es möglich, die ungültig gewordenen Quittungskarten wieder aufleben zu lassen?

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz einfach. Durch die Neuordnung vom 8. Dezember 1931 ist die Wartezeit für die Erlangung der Invaliden- und Altersrente verlängert worden. Die Wartezeit in der Invalidenversicherung dauert jetzt 250 Beitragswochen, früher nur 200 Beitragswochen. Sind weniger als 250 Beiträge auf Grund der Invalidenversicherungspflicht geleistet worden, so dauert die Wartezeit sogar 500 Beitragswochen. Bei der Altersinvalidenrente dauert die Wartezeit 750 Beitragswochen, während sie früher nur 200 Beitragswochen betrug.

Bezüglich alter Marken erhebt sich die Frage, wann sie verfallen sind. Nach § 1280 der Reichsversicherungsordnung sind sie verfallen, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind.

Beim Wiederaufleben solcher verfallener Marken spielt das Lebensalter die Hauptrolle. Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist die Sache insofern einfach, als die Anwartschaft aus den alten Marken wieder aufliegt, wenn der Versicherte durch freiwillige Beitragsleistung eine neue Wartezeit von 250 Beitragswochen zurücklegt.

Schwieriger wird die Sache schon, wenn der Versicherte das 40. Lebensjahr bereits vollendet hat. In diesem Falle lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt. Hat der Versicherte aber bei der Wiederaufnahme des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung bereits das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hatte. Obwohl die neue Wartezeit bei dem Sechzigjährigen nur 250 Beitragswochen dauert, so ist doch die Wiedererlangung der alten Versicherungsrechte für ältere Leute nach dem Vorhergesagten sehr erschwert.

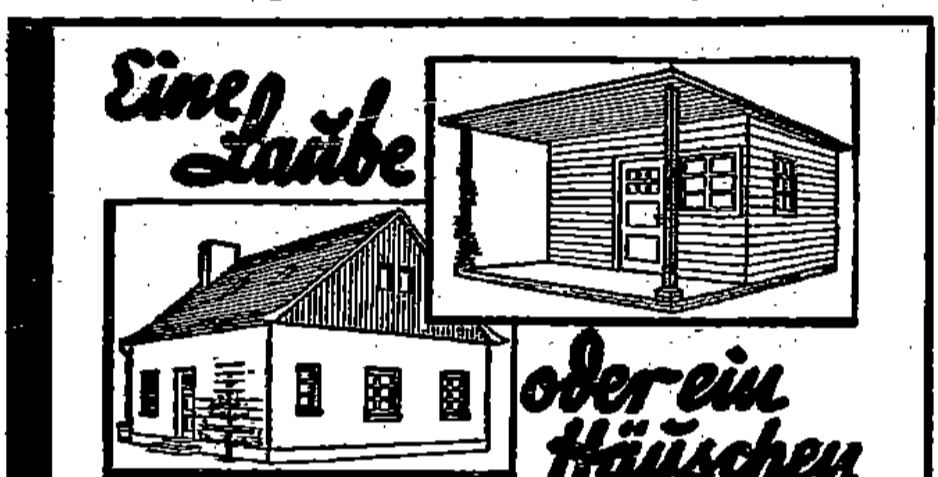
Alte Karten dürfen nicht wieder benutzt werden, sie sind vielmehr bei der zuständigen Stelle umzutauschen. Es genügt, wenn alle zwei Jahre wenigstens 20 Beiträge gezahlt werden. Wer aber die Wartezeit schnell erfüllen will, muß jede Woche eine Marke kleben. Deren Höhe richtet sich nach dem Einkommen. Wer kein Einkommen hat, klebt zweite Lohnklasse. Durch das Kleben einer großen Zahl Marken auf einmal erhält man die Rente nicht schneller. Nur für jede abgelaufene Kalenderwoche darf eine Marke geklebt werden. Beim Wiederbeginn darf man allerdings ein volles Jahr auf einmal rückwärts kleben, wodurch für die Verkürzung der Wartezeit wenigstens etwas erreicht ist.

Das Geld der Sozialversicherung

Das neueste Vierteljahrheft für Konjunkturanalyse (Heft 4) bringt eine Abhandlung über die volkswirtschaftliche Verflechtung der Sozialversicherung, unter der hier (in Ausschaltung der Arbeitslosenversicherung) die Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung und knappschaftliche Pensionsversicherung verstanden wird. Was die Einnahmen der deutschen Sozialversicherung anlangt, so stammen acht Zehntel aller Einnahmen aus den Beiträgen, von denen wiederum die Arbeiter rund 60 vH aufzubringen haben. Die restlichen 20 vH fließen zur Hälfte aus

öffentlichen Mitteln in Form von Reichszuschüssen, die aus allgemeinen Steuereinnahmen, teilweise auch aus Zollbeiträgen stammen. Mit 517 Millionen erreichten 1929 diese Zuschüsse ihren höchsten Stand, um seitdem langsam aber regelmäßig auf 486 Millionen zurückzugehen.

Da infolge des starken Rückganges des Arbeitseinkommens die Beitragseinnahmen sehr zusammenschumpften, erhöhte sich trotz des absoluten Rückgangs der Anteil der Reichszuschüsse an den Gesamteinnahmen seit 1929 von 10,1 auf 14,7 vH. Es waren vor allem die Invalidenversicherung und die Knappschaftsversicherung, denen diese Zuschüsse zugute kamen. Der



„WOHLAUBE UND SIEDLERHEIM“

Preis 1.20 RM - Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155 sowie durch alle Verwaltungsstellen des DMV Für Mitglieder des Verbandes nur 1.— RM einschl. Versandkosten

Rest der Einnahmen der Sozialversicherung stammt zum größten Teil aus Zins- und Mietseinnahmen, teilweise mit allerdings geringfügigen Beträgen in den letzten Jahren auch aus Kreditaufnahmen.

Wem kommen nun diese Einnahmen zugute? Der größte Teil der in die Sozialversicherung eingebrachten Mittel fließt in Form von persönlichen Leistungen und Verwaltungsausgaben (Barleistungen der Krankenkassen, Renten, Sterbegelder, Gehälter, Löhne, Pensionen usw.) an die verschiedenen Gruppen der Einkommensempfänger zurück. 1929 waren es 34 Milliarden, 1932 infolge der Kürzungen der Leistungen nur noch etwa 2,2 Milliarden M. Diese Beträge kommen dann zum größten Teil den Verbrauchsgütermärkten zugute, gleichgültig, ob es sich nun um Vergütungen an Ärzte, an Krankenpflegepersonal, um Kranken-, Haus- oder Taschengeld, Wochengeld oder Stillprämien, um Rentenleistungen oder Abfindungen an Versicherte und deren Hinterbliebene handelt mag.

Die Gelder für die Sachausgaben der Versicherung und ihrer Verwaltung — sie machen etwa ein Fünftel der Gesamtaufwendungen aus — kommen dagegen ausschließlich der Erwerbswirtschaft zugute, sei es als Ausgaben für Arzneien oder Heilmittel, als Ausgaben für Erzeugnisse der optischen, pharmazeutischen und orthopädischen Industrie, oder sei es als Ausgaben für Leistungen von Kuranstalten, Krankenhäusern usw.

Auch dem Bauparkt sind, da die Sozialversicherung ständig als Bauherr in den letzten Jahren auftrat, ein Teil der Einnahmen der Sozialversicherung zugute gekommen. Letztlich ist noch der Geld- und Kapitalmarkt zu nennen, auf dem die Sozialversicherung ihre Überschüsse anlegt. Je nach Art der Versicherung und ihrer Leistungen ist die Anlage verschieden. Die Krankenkassen beispielsweise, deren Einnahmen rasch wieder zu Leistungen verwandt werden müssen, sind in der Hauptsache auf kurzfristige Anlagen angewiesen, während die Rentenversicherung vorwiegend mit langfristigen Anlagen auf dem Kapitalmarkt in Erscheinung treten. Das Geldvermögen der Sozialversicherung konnte auch in den letzten Jahren bis zu 1932 noch ständig anwachsen. Einem Stand von 2,4 Milliarden 1928 entsprach ein solcher von 3 Milliarden 1929, von 3,6 Milliarden 1930 und 3,7 Milliarden 1931.

Schriftenschau

Dorf und Kommune. Von Nikolai Bogdanow. Roman aus dem Russischen von Nina Stein. 231 Seiten. Preis 4,30 M (8,60 österr. Sch., 35 tschech. Kr.), in Ganzleinen gebunden, in Buchhülle. Verlag: Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61. — Ja, es gibt Schwierigkeiten beim Aufbau. In diesem Buch, das vom russischen Dorf erzählt, wird das besonders deutlich. Junge Kräfte, die gesondert am Aufbau schaffen, dabei auch Tüchtigen leisten, erregen Neid und Mißgunst, sie treiben so die Dorfgemeinschaft auseinander. Gemeinsamkeit aller, die auf einander angewiesen sind, ist notwendig und schafft Vollkommenes. In der russischen Gemeinde, von der hier erzählt wird, läßt sich zum Schluß alles einrenken.

Erbgut und Lebenslage. Von Kurt Müller. Buchbeilage der Urania. Kartoniert 1,30 M, in Leinen gebunden 1,80 M. Das Buch behandelt die Lehre von der Vererbung nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und Forschung. Urania-Verlag, Jena.

Wer das übersieht

der schadet sich nach meiner Überzeugung sehr!

1. Weikese Hemdentuch, 80 cm breit, Appretur hergestellt, vorzügliche, dicht gefüllte, reine Sorte, das Vollkommenste für besonders feine Wäsche. Preis jezt per Meter nur ... -22

Wer das liest, der bestelle auf jeden Fall sofort!

2. Weikese Hemdentuch, 80 cm br., Appretur hergestellt, ganz vorzügliche, besonders dicht gefüllte, reine Sorte, das Vollkommenste für bessere, überaus haltbare Wäsche. Preis jezt per Meter nur ... -25

3. Weikese Malotuch, 80 cm br., ohne Appretur hergestellt, ganz vorzügliche, sehr dicht gefüllte, reinfarbige Sorte, garantiert echt ägyptisch, daher sehr haltbar, gleichmäßig gefärbt, reine Qualität, für reine Wäsche. Preis jezt per Meter nur ... -29

Wer solche Ware erhält, und nicht kauft über Güte und Preis, der sende die erhaltene Ware auf meine Kosten zurück!

4. Hemdenflanel, 80 cm breit, ohne Appretur hergestellt, ganz vorzügliche, dicht gefüllte, fast unzerstörbare Sorte, mit garantiert edelsten Streifenmustern. Preis jezt per Meter nur ... -26

5. Hemdenzeile, 80 cm breit, vorzügliche, reine Sorte dieser Art, mittelstärkig, dicht gefüllte, mit etwas gebürstet, garantiert edelsten Streifenmustern. Preis jezt per Meter nur ... -27

6. Angebleichtes Baumwolltuch, 78 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders weiche, gleichmäßig dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis jezt per Meter nur ... -18

7. Angebleichtes Baumwolltuch, 140 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders weiche, gleichmäßig dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis jezt per Meter nur ... -36

8. Stuhlleder, auch Samstuch genannt, 150 cm breit, ohne Appretur hergestellt, diese Art, meist, besonders dicht gefüllte, reine, sehr unzerstörliche Qualität, ohne Appretur hergestellt, weshalb diese Qualität in der Wäsche sehr leicht zu reinigen ist. Preis jezt per Meter nur ... -75

1400 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Versand-Abteilung

Diese Preise sind sofort anzufragen, wenn dieses Inserat nicht mehr erforderlich, aber wenn andere höhere Preise erfordern. Bezugs erfolgt per Nachnahme von 4. — an; portofreie Lieferung von 4. — an.

Josef Witt, Weiden 81 (Opt.)

8 Jahre tuberkulös

Wiederherstellung durch Herbin Stodin

Wiederherstellung

Herbin Stodin

Bei Kopfschmerzen

Herbin Stodin

Lungenkrank?

Herbin Stodin

Bücher u. Broschüren aller Art

Verlagsgesellschaft des D-M-V G.m.b.H.

Lungenkrankheiten

Herbaria-Lungenheilmittel